Deutsches Forum KriminalPrävention

Jahresbericht 2021

Heute für ein besseres Morgen.

Jahresbericht 2021

der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

Redaktion: DFK-Geschäftsstelle
Redaktionsschluss: 10. Mai 2022

© Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention
Bonn, 2022
Alle Rechte vorbehalten

Leitbild

Die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

- sieht gesamtgesellschaftliches, auf Nachhaltigkeit angelegtes Wirken als unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Reduzierung von Kriminalität und die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit an. Kernanliegen ist es, Prävention als Aufgabe in der Verantwortung jedes Einzelnen sowie aller Institutionen und Organisationen von Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren.

- versteht sich als kompetentes Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und fördert die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure.

- bezieht Position zu präventionsrelevanten Themen im Kontext der inneren Sicherheit und vertritt diese konsequent nach außen.

- ergreift die Initiative bei kriminalpräventiven Problemstellungen und stellt dabei Themen von grundlegendem Interesse in den Mittelpunkt.

- setzt sich für eine Verbesserung der Lebenssituation und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer Basisprävention ein.

- trägt dazu bei, dass präventionsrelevante Ansätze und Einwirkungsmöglichkeiten aufeinander abgestimmt den vielfältigen Entstehungsbedingungen und Wirkungszusammenhängen von Kriminalität Rechnung tragen.

Inhalt

1. Überblick 2021 6

2. Sitzung des Stiftungskuratoriums am 4. November 2021 10

3. Zu den Arbeitsschwerpunkten und anderen Tätigkeitsbereichen 12
   3.1 Entwicklungsförderung und Gewaltprävention 12
      3.1.1 Communities That Care: Aufbau einer gemeinsamen Bundestransferstelle zur länderübergreifenden Implementierung von CTC 13
      3.1.2 Gemeinsam gegen Hass: HateLess, ein Präventionsangebot für Schulen 14
      3.1.3 Papilio – Pro-Prävention: Erweiterung der digitalen Plattform Kitagold 15
      3.1.4 PRIMO – Prävention und Intervention am Beispiel Mobbing: Konzeptionierung eines Fort- und Weiterbildungskonzepts für pädagogische Fachkräfte an Schulen 15
      3.1.5 PARTS (Präventionsprogramm zur Förderung von Akzeptanz, Respekt, Toleranz und sozialer Kompetenz): Implementierung und Analyse 16
      3.1.6 Qualitätszirkel schulische Gewaltprävention (QZ) 17
   3.2 Kommunale Kriminalprävention 18
   3.3 Prävention von Wohnungseinbruch 20
   3.4 Sicherheit in Zusammenhang mit der Zuwanderung 21
      3.4.1 KPK-Projektgruppe „Prävention von Kriminalität und Förderung der Sicherheit im Zusammenhang mit der Zuwanderung“ 22
      3.4.2 Förderung von Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften 22
      3.4.3 BROTHERS – Gewaltprävention bei (geflüchteten) Jugendlichen 23
   3.5 Prävention und Schutz vor häusliche Gewalt 24
   3.6 Hass und Gewalt gegen Mandatsträger und Behördenmitarbeiter 26
   3.7 Expertise zum Dritten Periodischen Sicherheitsbericht (3. PSB) 27
   3.8 Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN) 27
   3.9 Kooperationspartnerschaft „Deutscher Präventionstag“ (DPT) 28
   3.10 Wissensmanagement und Öffentlichkeitsarbeit: Website, Fachpublikationen, Zeitschrift 29

4. Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement 31

5. Arbeitsstelle Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK) 32
   5.1 Das NZK im Überblick 32
   5.2 Projekte des NZK im Berichtsjahr 2021 32

6. Organisation, Personal und Finanzlage der Stiftung 36
   6.1 Organisation 36
   6.2 Personal 36
   6.3 Finanzlage 37
   6.4 Jahresabschluss 39

7. Nachruf Prof. Dr. Helmut Fünfsinn 40

Anhang I: Mitglieder des Kuratoriums 41
Anhang II: Mitglieder des Vorstandes, Beisitzer, Geschäftsstelle 45

1. Überblick 2021

Das mittlerweile bereits zweite durch die Corona-Pandemie geprägte Geschäftsjahr 2021 stellte das DFK erneut vor große Herausforderungen.

In erster Linie sind damit die aus den immensen Auswirkungen auf die unmittelbar von der Pandemie Betroffenen abgeleiteten kriminalpräventiven Fragestellungen und Bedarfe gemeint. Exemplarisch soll an dieser Stelle nur die mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen erwähnt werden, zu denen der UNICEF-Bericht zur Situation der Kinder in der Welt 2021 sogar feststellt, die Belastungen durch die Pandemie seien nur die Spitze des Eisbergs. Ein anderer Befund ist die vielfach beschriebene Zunahme häuslicher Gewalt während der Lockdown-Phasen, auf deren erschreckendes Ausmaß nicht nur das Kuratoriumsmitglied Weißer Ring mehrfach hingewiesen hat. Als weiteres Beispiel ist die besorgniserregende Verrohung der Debattenkultur zu nennen, die zunehmend in Hatespeech, Hassstraftaten und auch tätlichen Angriffen ihren Ausdruck findet. Das DFK hat, wie viele andere kriminalpräventive Akteure auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene auch, diesen und weiteren Phänomenen im zurückliegenden Jahr mit unterschiedlichen präventiven Aktivitäten entgegengewirkt, über die dieser Jahresbericht Auskunft gibt.

Doch auch der Arbeit der Stiftungsorgane rang die Pandemie im Berichtsjahr 2021 erneut Besonderheiten ab. So mussten beispielsweise Präsenzschulungen umgeplant, Besprechungen in den virtuellen Raum verlagert und Begegnungen verschoben werden. Auch wenn das erste Pandemiejahr 2020 hier zur Entwicklung zahlreicher virtueller Formate und Etablierung entsprechender Routinen geführt hat, zeigt sich doch zunehmend, dass diese keinen adäquaten Ersatz für den häufig unabdingbaren persönlichen Austausch darstellen.

Ungeachtet dessen konnte im Berichtsjahr dank des bemerkenswerten Einsatzes der verantwortlichen Akteure und Kooperationspartner des DFK der satzungsgemäße Stiftungszweck, die Kriminalprävention in allen Aspekten zu fördern, erneut und mit großer Sichtbarkeit erfüllt werden. Im Einzelnen sei hierzu insbesondere auf die in Kapitel 3 dieses Berichtes näher beschriebenen Aktivitäten verwiesen.

Eine Zäsur stellte das Berichtsjahr 2021 allerdings insoweit dar, als die zum DFK gehörende Arbeitsstelle Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK) zum 31. Dezember 2021 bedauerlicherweise ihre Arbeit einstellen musste. Nachdem die Stiftung das NZK im Jahre 2016 auf Bitten und aus Zuwendungsmitteln des Bundesministeriums des Innern (BMI) eingerichtet hatte – und in den letzten Jahren an dieser Stelle ausführlich über die personellen wie finanziellen Rahmenbedingungen und die beachtlichen Arbeitsergebnisse berichtet worden war – ließ der Zuwendungsgeber die Projektförderung zum Jahresende 2021 auslaufen.
Stattdessen beabsichtigt das BMI, wie bereits im Vorjahresbericht beschrieben, eine „inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung" des NZK, die möglicherweise auf den im Maßnahmenkatalog des Kabinettausschusses der Vorgängerregierung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus vom 25. November 2020 erwähnten Aufbau eines „Bundesinstituts Qualitätssicherung" zur Etablierung dauerhafter Strukturen und Prozesse der Qualitätssicherung und Wirkungssteigerung in der Prävention und politischen Bildung hinauslaufen wird. In Kapitel 5 dieses Berichtes werden die abschließenden Arbeiten

der im Geschäftsjahr 2021 dankenswerterweise im NZK verbliebenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler näher beschrieben.

Neue Perspektiven haben sich für die Stiftung dagegen durch den Start mehrerer überjähriger Projekte – namentlich „Bundesweite Stärkung der Evidenzbasierung von Präventionsmaßnahmen im Themenfeld Entwicklungsförderung und Gewaltprävention", „Aufbau einer bundesweiten Unterstützungsstruktur für die kommunale Kriminalprävention und ihre Vernetzung" und „Resilienz und Sicherheit – Resilienzförderung und Prävention sexualisierter und häuslicher Gewalt in Kindertageseinrichtungen" - ergeben, die allesamt dank langfristiger Finanzierungszusagen des Bundesministeriums der Justiz ermöglicht wurden. Über die Projekte wird in Kapitel 3 dieses Berichtes eingehend berichtet.

Daneben wurde im Berichtsjahr die über das DFK vermittelte Förderung der Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement an der Eberhard Karls Universität Tübingen fortgesetzt. Die Finanzierung erfolgt noch bis zum 31. Dezember 2022 aus Zuwendungsmitteln des BMI, anschließend wird die Professur dank einer dauerhaften Anschlussfinanzierung des Landes Baden-Württemberg und der Universität Tübingen in die finanzielle Selbständigkeit entlassen. Die Arbeitsschwerpunkte der von Frau Prof. Dr. Rita Haverkamp geleiteten Professur sind in Kapitel 4 dieses Berichtes nachlesbar.

Zu den personellen und finanziellen Rahmenbedingungen des DFK verhält sich Kapitel 6 des Jahresberichtes. Die personelle Ausstattung der Geschäftsstelle blieb, vom Ausscheiden eines der Geschäftsstelle aus NRW zugewiesenen Mitarbeiters abgesehen, im Vergleich zum Vorjahr im Kern unverändert, hinzugetreten sind indes zwei in Drittmittelprojekten angestellte Wissenschaftler. Die Vermögensanlage der Stiftung hat sich – in Ansehung des Niedrigzinsumfeldes – im Berichtsjahr erfreulicherweise recht positiv entwickelt. Gleichwohl waren die zuvor beschriebenen Zuwendungen der Bundesressorts äußerst wertvoll und insoweit unerlässlich, als sie die Durchführung und Förderung zahlreicher den Stiftungszweck vertiefender Vorhaben ermöglichten.

Die Tätigkeiten des DFK im zurückliegenden Jahr 2021 werden in der folgenden Auflistung stichwortartig beschrieben, nähere Ausführungen finden sich in den Folgekapiteln:

- Projektarbeit im Arbeitsschwerpunkt „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen (E&G)": Strukturelle Stärkung evidenzbasierter Präventionsansätze, Konzeption neuer und Erweiterung vorhandener Angebote — *Entwicklungsförderung und Gewaltprävention*
- Organisation des länderübergreifenden „Qualitätszirkels schulische Gewaltprävention" und Mitarbeit in diesem Gremium — *Qualitätszirkel schulische Gewaltprävention*
- Kooperation mit dem Deutschen Präventionstag (DPT) in der CTC-Bundestransferstelle für eine bundesweite Schulung von Landesmultiplikatoren — *CTC-Transferstelle*
- Aufbau einer Vernetzungs- und Unterstützungsstruktur für die Kommunale Prävention — *Kommunale Kriminalprävention*
- Ausbau der Maßnahmen zur Prävention von Wohnungseinbruch unter Berücksichtigung von wohnwirtschaftlichen Förderansätzen: Ausbau der Kooperation mit den Netzwerkpartnern, Mitarbeit in der Projektgruppe „Eigen- — *Prävention von Wohnungseinbruch*

tumsdelikte“ der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK), in den Arbeitskreisen der DKE (Deutsche Kommission Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik in DIN und VDE) sowie in der Wirtschaftsinitiative Smart Living

Sicherheit im Zusammenhang mit der Zuwanderung

- Förderung von Qualitätskriterien für Sicherheitsdienstleistungen im Rahmen der Ausweitung bundesweiter „Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ sowie der Erarbeitung eines übertragbaren Trainingskonzeptes zur Gewaltprävention bei (geflüchteten) Jugendlichen

Fachkommission Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit

- Mitwirkung an der Erarbeitung des Berichts der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit: „Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten“

Projekt Resi+

- Mitwirkung beim im Januar 2021 gestarteten dreijährigen Projekt ReSi+ in Zusammenarbeit mit der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm

AG Weibliche Gewaltausübende

- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe der Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit häusliche Gewalt, Arbeitsgruppe „Weibliche Gewaltausübende“

Prävention häuslicher Gewalt

- Unterstützung beim Ausbau des Hilfe- und Schutzsystems für weibliche und männliche Opfer häuslicher Gewalt, für spezifische Betroffenengruppen (bspw. Menschen mit Behinderung, Migrantinnen und Migranten) sowie von häuslicher Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche, Mitwirkung beim Ausbau der Arbeit mit Täterinnen und Tätern, Vernetzung der tangierten Berufsgruppen und NGOs sowie Unterstützung bei der Aus- und Fortbildung der Angehörigen von Strafverfolgungsbehörden

BLAG Bekämpfung von geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichteten Straftaten

- Mitarbeit in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichteten Straftaten

Hass und Gewalt gegen Mandatsträger

- Hass und Gewalt gegen Mandatsträger und Behördenmitarbeiter: Beratung beim Aufbau des Portals www.stark-im-Amt.de

3. PSB

- Redaktionelle Mitarbeit beim dritten Periodischen Sicherheitsbericht der Bundesregierung

Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)

- Nationale Kontaktstelle im „Europäischen Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)“: Unterstützung der nationalen Repräsentanten bei der (virtuellen) Europäischen Best-Practice-Konferenz in Ljubljana zum Thema „Bullying and violence among minors“ und Teilnahme am (ebenfalls virtuellen) Treffen der National Crime Prevention Councils

26. DPT

- Beteiligung am (vorrangig virtuellen) 26. Deutschen Präventionstag in Köln durch finanzielle und ideelle Förderung, Mitgliedschaft im Programmbeirat sowie Vorträge und Moderationen

Städtenetzwerk

- Mitgliedschaft / Mitarbeit im Städtenetzwerk Kriminalprävention

BLAG Häusliche Gewalt

- Mitgliedschaft / Mitarbeit in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Häusliche Gewalt

Forum Compliance & Integrity

- Mitgliedschaft im Forum Compliance & Integrity

• Mitarbeit bei der Aktualisierung der bundesweiten „Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“ unter Federführung des BMFSFJ und von UNICEF	*Bundesinitiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften*
• Mitarbeit in der Projektgruppe „Prävention von Kriminalität und Förderung der Sicherheit im Zusammenhang mit der Zuwanderung“ der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK)	*KPK-Projektgruppe Zuwanderung*
• Mitarbeit in der KPK-Projektgruppe „Städtebau und Einbruchschutz“	*KPK-Projektgruppe Städtebau und Einbruchschutz*
• Mitarbeit in der KPK-Projektgruppe „Gewalt an Schulen“	*KPK-Projektgruppe Gewalt an Schulen*
• Kooperation mit den Landespräventionsgremien und Teilnahme an ihrer Jahrestagung in Ingelheim	*Kooperationen*
• Fachvorträge, Diskussionsbeiträge, Veröffentlichungen und Moderationen bei diversen (virtuellen) Tagungen, Fachveranstaltungen und Kooperationspartnern	*Fachvorträge u.a.*
• Vertretung der Stiftung bei zahlreichen (virtuellen) Landespräventionstagen, bei nationalen und internationalen Fachkongressen und Netzwerktreffen	*Kongresse und Tagungen*
• „forum kriminalprävention“: Redaktion und Herausgabe der viermal jährlich erscheinenden Fachzeitschrift des DFK	*forum kriminalprävention*
• Redaktion und Herausgabe des „Präventionsreports“ 2021	*Präventionsreport*
• Pflege und kontinuierliche Weiterentwicklung der DFK-Webseiten und des Facebook-Auftritts	*Webseiten*
• Gewährleistung der Arbeit der Stiftungsorgane sowie der Stiftungsverwaltung (Kuratoriumssitzung, Vorstandssitzungen, Budgetplanung und Mittelverwaltung, Buchhaltung, Steuererklärung, Jahresabschluss, Jahresbericht)	*Stiftungsverwaltung*
• Erledigung von Bürgeranfragen, Publikationsversand, Beantwortung journalistischer Anfragen etc.	*Bürger- und Presseanfragen*

2. Sitzung des Stiftungskuratoriums am 4. November 2021

Kuratoriumssitzung 2021

Nachdem die für 2020 vorgesehene Sitzung des Stiftungskuratoriums pandemiebedingt in das Folgejahr hatte verschoben werden müssen, fanden sich die Kuratoriumsmitglieder am 4. November 2021 im Konferenzzentrum des Vienna House Andel's Berlin – unter strikter Beachtung des zu dieser Zeit geltenden 2G-Regimes – zum persönlichen Austausch und zur turnusgemäßen Neuwahl der Stiftungsorgane zusammen.

Staatssekretärin Dr. Sudhof bei der Kontrolle ihres Impfstatus *Foto: DFK*

Der aus Anlass des 20-jährigen Stiftungsbestehens (die Genehmigungsurkunde des Innenministeriums NRW zur Errichtung der Stiftung stammt vom 29. Juni 2001) zunächst ebenfalls vorgesehene Festempfang musste dagegen pandemiebedingt auf das Jahr 2022 verschoben werden.

Kuratoriumssitzung 2021 *Foto: DFK*

Neuwahl Präsidium und Vorstand

Zur neuen Präsidentin des Kuratoriums wurde die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Christine Lambrecht gewählt (mit der Neubildung der Bundesregierung am 8. Dezember 2021 ist ihr satzungsgemäß der neue Bundesminister der Justiz Dr. Marco Buschmann nachgefolgt). Die bisherige Stellvertreterin und der bisherige Stellvertreter, die niedersächsische Justizministerin Frau Barbara Havliza und Herr Bernd Koch von der DB AG, wurden in ihrem jeweiligen Amt bestätigt. Ebenfalls durch Wiederwahl bestätigt wurde der bereits seit dem Jahre 2010 amtierende Stiftungsvorstand: Herr Prof. Gerd Neubeck von der Deutschen Bahn AG als Vorsitzender, Herr Stefan Daniel vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (seit dem 8. Dezember 2021 Bundesministerium der Justiz) als Geschäftsführer und Herr Norbert Seitz, Ministerialdirektor a.D. aus dem Bundesministerium des Innern für Bau und Heimat (seit dem 8. Dezember 2021 Bundesministerium des Innern und für Heimat), als weiteres Vorstandsmitglied.

Stiftungsorgane und Stellvertretende:
Staatssekretär Dr. Markus Kerber, Justizministerin Barbara Havliza, Stefan Daniel, Prof. Gerd Neubeck, Norbert Seitz, Staatssekretärin Dr. Margaretha Sudhof, Bernd Koch (v.l.n.r.)

Foto: DFK

3. Zu den Arbeitsschwerpunkten und anderen Tätigkeitsbereichen

3.1 Entwicklungsförderung und Gewaltprävention

Entwicklungsförderung & Gewaltprävention

„Entwicklungsorientierte Radikalisierungsprävention: Was man tun kann und sollte" – so lautet der Titel eines im Berichtsjahr veröffentlichten wissenschaftlichen Gutachtens, das Herr Professor Dr. Andreas Beelmann und Mitarbeitende von der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Auftrag des Landespräventionsrates Niedersachsen erstellt haben.

Wissenschaftliche Grundlagen

Auch wenn im Fokus des Gutachtens die Prävention von Radikalisierungsprozessen steht, belegen die wissenschaftlich aufbereiteten Grundaussagen doch nachdrücklich, dass der im Arbeitsbereich „Entwicklungsförderung & Gewaltprävention" des DFK seit Jahren beworbene Präventionsansatz ein grundlegender und wichtiger Baustein für eine wirksame, phänomenunabhängige Gewalt- und Kriminalprävention ist.

Entwicklungsorientierter Präventionsansatz

Kern dieses Ansatzes ist, dass die biographische Entwicklungsgeschichte eines Menschen, die Bedingungen, unter denen er heranwächst und zu einer Persönlichkeit reift, von verschiedenen Faktoren geprägt wird. Diese können Risiken bergen (wie beispielsweise Armut und fehlende Selbstwirksamkeitserfahrungen) oder schützend wirken (wie etwa stabile soziale Bindungen und Anerkennung). Protektive Faktoren mildern die Wirkung schädlicher Einflüsse und helfen, eine gesunde Sozialentwicklung zu stabilisieren. Evidenzbasierte, entwicklungsorientierte Präventionsmaßnahmen nutzen diese Erkenntnis und setzen mit ihrer jeweils genau definierten Zielrichtung in demjenigen Zeitpunkt des Heranwachsens an, in dem die Wirkungen besonders gravierend sind. Hier steht ein großes Spektrum an Angeboten, Maßnahmen und Programmen zur Verfügung, die eine gesunde Sozialentwicklung über die Zeitspanne von früher Kindheit bis ins junge Erwachsenenalter begleiten und stärken. Sie bieten die Möglichkeit, alle Chancen zu nutzen, Fehlentwicklungen hin zu deviantem Verhalten zu begegnen – um damit Kriminalität, Opferwerdung und lebenslanges Leid zu verhindern.
Aus dieser Überzeugung heraus bewirbt, unterstützt und fördert das DFK seit seiner Gründung die Entwicklung und Implementierung universeller, entwicklungsorientierter Präventionsansätze und deren Verankerung in Regelsystemen.

Projektförderung durch das BMJ

Die vielfältige Projektarbeit des DFK in diesem Themenfeld wird dankenswerterweise durch die finanzielle Förderung des Bundesministeriums der Justiz unterstützt.

Zur Projektarbeit im Einzelnen:

3.1.1 Communities That Care: Aufbau einer gemeinsamen Bundestransferstelle zur länderübergreifenden Implementierung von CTC

Transferstelle Communities That Care

„Communities That Care (CTC)", eine in den USA entwickelte und in Deutschland zunächst in Niedersachsen erfolgreich in einem Modellprojekt umgesetzte Präventionsstrategie, bietet Kommunen eine durch praktische Tools und Instrumente ergänzte Struktur, wie sie bedarfsgerecht, wirksam und nachhaltig Präventionsmaßnahmen verankern können, die positive Rahmenbedingungen für ein sicheres und gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen schaffen.

Landesmultiplikatoren-schulungen

Schon seit 2018 engagiert sich das DFK in Kooperation mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen und dem Deutschen Präventionstag (DPT) dafür, Voraussetzungen zu schaffen und Strukturen zu gestalten, die eine Implementierung von CTC als bundesweite Strategie ermöglichen. Dank einer auf mehrere Jahre angelegten Förderung ist es im Berichtsjahr gelungen, in enger Kooperation mit dem DPT in der CTC-Bundestransferstelle eine gemeinsame Verantwortlichkeit zu schaffen, um systematische Schulungen für interessierte Bundesländer anzubieten. Diese beinhalten neben der reinen Ausbildung zu zertifizierten CTC-Multiplikatoren auch ein begleitendes Coaching für erste Umsetzungen im Feld mit individueller Beratung. Auch werden Vernetzungsangebote für CTC-Akteure entwickelt. In Zusammenarbeit mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen werden darüber hinaus Informations- und Schulungsmaterialien digitalisiert, erweitert und um neue, internationale Forschungsergebnisse ergänzt. Sven Kruppik (DPT) und Frederik Tetzlaff (DFK) gelang es, trotz der pandemiebedingten Planungsunsicherheit drei weitere Bundesländer in die Multiplikatorenschulungen einzubinden und die Teilnehmenden für den Ansatz zu begeistern. In zwei zusätzlichen Coachings wurden bereits ausgebildete Multiplikatoren bei der Planung und Umsetzung der Landesstrategie unterstützt.

Beirat im Forschungs-projekt CTC-EFF

Darüber hinaus wurde das DFK im Berichtsjahr Mitglied im Beirat für das BMBF-Forschungsprojekt CTC-EFF (Effektivität des kommunalen Präventionssystems Communities That Care), das unter Leitung von Frau Prof. Dr. Ulla Walter von der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) durchgeführt wird und aus dem wichtige Erkenntnisse zur Wirksamkeit des CTC–Ansatzes erwartet werden.

Bedarfserhebung

Begleitend zu dem Engagement in CTC erfasste das DFK in verschiedenen Fokusgruppen und leitfadengestützten Interviews Bedarfe bei schulischen und kommunalen Akteuren. Um evidenzbasierte Ansätze, wie sie (auch) für CTC beworben werden, für die Praxis bekannt und attraktiv zu machen, müssen Anbieter erkennen, welche Informationswege und welche Instrumente genutzt werden, welche Daten gesucht und welche Kriterien entscheidungsrelevant für die Auswahl von Präventionsprogrammen sind. Nach Auswertung der Ergebnisse soll der Wegweiser Prävention mit den dortigen Programmempfehlungen optimiert werden.

3.1.2 Gemeinsam gegen Hass: HateLess, ein Präventionsangebot für Schulen

Hateless

Hass und Hetze belasten, verletzen und zerstören nicht nur Betroffene, sie gefährden auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Grundfeste unseres demokratischen Systems. Daher gilt es, Hassreden und herabwürdigender Kommunikation effektiv und auf allen gesellschaftlichen Ebenen etwas entgegenzusetzen. Das DFK hat Dr. Sebastian Wachs von der Universität Potsdam daher mit der Entwicklung einer Präventionsmaßnahme für Schulen beauftragt.

Zielgruppe

Insbesondere Kinder und Jugendliche sind über die Nutzung der Social-Media-Kanäle von dem Phänomen Hatespeech betroffen – als Täter, Opfer oder auch „nur" als stumme Beobachter. In der Schule, diesem wichtigen Ort ihrer Sozialisation, sollten sie – neben Fachwissen – auch den Umgang miteinander und das Verhalten in demokratischen Systemen lernen. Hier erfahren sie, wie Lehrkräfte, Freundinnen und Freunde sowie Mitschülerinnen und Mitschüler mit Hass umgehen, wie und ob sie reagieren. Im Projekt Hateless werden pädagogische Fachkräfte darin unterstützt, sich der Entwicklung und Dynamik von Hassrede in einer Schulklasse beherzt und kompetent entgegenzustellen.

Projektinhalte

Die Präventionsmaßnahme HateLess, die nach ihrer im Jahr 2022 vorgesehenen Evaluierung für Lehrkräfte zum Einsatz in 7./8. Klassen frei verfügbar sein wird, vermittelt konkrete Handlungskompetenzen: Wie können Themen aufgegriffen werden, bevor sie „überkochen", bevor sich soziale Konflikte und eine Verrohung von Sprache manifestieren. HateLess leitet dazu an, gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern zu erarbeiten, warum es HateSpeech gibt und was es dagegen zu tun gilt. Medien- und Sozialkompetenzen werden gefördert, die als Schutzfaktoren gegen die Entwicklung von Hassdynamiken wirken.

© BMJ/Foto: Photothek

Fachveranstaltung im BMJ

Das Konzept von HateLess wurde am 25. Oktober 2021 im BMJ den für die Förderung Verantwortlichen sowie ausgewiesenen Fachleuten vorgestellt. Prof. Dr. Andreas Zick (Institut für interdisziplinäre Konfliktforschung, Universität Bielefeld) formulierte dazu in einem abschließenden Votum: „Insgesamt bietet HateLess ein hervorragendes Angebot für Schulen, sich konzentriert wie auch realistisch mit HateSpeech auseinanderzusetzen."

3.1.3 Papilio – Pro-Prävention: Erweiterung der digitalen Plattform Kitagold

Kitagold – Unterstützung für Fachkräfte in Kitas

Im Vorjahr förderte das DFK die Erstellung der Website „Papilio-Kitagold – Unsere Wissensschätze für deinen Alltag“ (www.kitagold.papilio.de), die pädagogischem Fachpersonal in Kindertagesstätten ein kostenloses, niederschwelliges Unterstützungsangebot für ihre Arbeit in Krisenzeiten macht. Das Wegbrechen von Alltagsstrukturen sowie andere pandemiebedingte Einschränkungen und Veränderungen hatten bei Kindern, Eltern und Erziehungsberechtigten, aber auch bei den Fachkräften selbst zu einem Anstieg von Stressfaktoren geführt, die den Arbeitsalltag massiv beeinträchtigten. Papilio-Kitagold bietet hier bewusst niederschwellig Handlungsempfehlungen für den Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern und praxisnahe Anregungen zur Stärkung der Eltern- und Teamarbeit. Die digitale Plattform wird seitdem von der Fachwelt mit großem Interesse wahrgenommen und genutzt. Dabei äußerten viele Fachkräfte den Wunsch nach einer inhaltlichen Erweiterung insbesondere im Themenfeld der Diagnose von und des Umgangs mit Verhaltensauffälligkeiten, da dieses Thema im Kita-Alltag zunehmend präsent ist. Daher wurden im Berichtsjahr von der Papilio gGmbH mit Förderung durch das DFK weitere Materialien zum Thema „Forderndes Verhalten“ („Angst“ und „ich, ich ich“) erarbeitet, die nunmehr in modernem Design (Kurzvideos mit Videokarten und Übungsheften) zur Verfügung stehen.

Einsatzmöglichkeiten

Das digitale Angebot kann eingebunden in ein Papilio-Training genutzt werden, steht Fachkräften aber auch dort zur Verfügung, wo Zeit und finanzielle Mittel für Fortbildungen und berufliche Weiterqualifizierungen fehlen.

Evaluation

Da das DFK in seinen Projektförderungen immer auch den Blickwinkel auf die Evidenzbasierung von Präventionsmaßnahmen und deren Nutzung im Feld legt, wurden von der Papilio gGmbH im Auftrag des DFK begleitend zu dem Projekt Fokusgruppeninterviews geführt, um Erkenntnisse zu Bedarfen, Anforderungen und Nutzungsverhalten der Akteure zu gewinnen. Die Ergebnisse fließen unmittelbar in die weitere Arbeit des DFK im Themenfeld der Entwicklungsförderung und Gewaltprävention ein.

3.1.4 PRIMO – Prävention und Intervention am Beispiel Mobbing: Konzeptionierung eines Fort- und Weiterbildungskonzepts für pädagogische Fachkräfte an Schulen

Mobbing als Entwicklungsrisiko

Mobbing stellt ein zentrales Entwicklungsrisiko für Kinder und Jugendliche dar. Lehrkräften kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu, Mobbing vorzubeugen und es erfolgreich zu beenden. Soweit eine wohl weitgehend unbestrittene Erkenntnis und weitere Anforderung an die in der Bildungsarbeit Tätigen. Aber wie und wann sollen Lehrkräfte das (auch noch) leisten?

Projekt PRIMO

Das DFK erarbeitet seit mehreren Jahren in dem Projekt PRIMO systematische Ansätze, um Lehrkräfte bei der Erfüllung dieser schwierigen und wichtigen Aufgabe zu unterstützen.

Zielgruppe Studierende und Lehrkräfte

Nachdem zunächst ein Curriculum für ein universitäres Seminarangebot geschaffen wurde, in dem Studierende sich sowohl mit den wissenschaftlichen Anforderungen der Präventionsforschung als auch mit dem Erlernen praktischer Handlungskompetenzen im schulischen Umfeld befassen, wurde das universitäre Konzept im Berichtsjahr auf ein für die Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften taugliches Format angepasst.

Bedarfserhebung und Konzeptentwicklung

Dazu wurde zunächst bei Fort- und Weiterbildungsinstituten verschiedener Bundesländer ein konkreter Bedarf auch bezüglich des Umfangs und Formats erhoben. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse wurde unter Leitung von Prof. Dr. Günter Dörr, Honorarprofessor an der Pädagogischen Hochschule Weingarten, ein Konzept erarbeitet, das nunmehr als modular und flexibel nutzbare Fortbildung für Lehr- und pädagogische Fachkräfte angeboten wird. Neben einem Curriculum für Präsenzveranstaltungen (25 Gesamtstunden) steht eine Online-Plattform zu Verfügung, auf der die Fortbildner individuell und flexibel ihre Veranstaltung unter Nutzung der dort eingestellten Materialien planen und durchführen können.

Ausblick

Für das nächste Jahr ist geplant, ausgewählte Fortbildungsinstitute bei der Anwendung und Umsetzung von PRIMO zu coachen und sich aus der Praxis ergebende Anpassungen in das Konzept einzuarbeiten.

3.1.5 PARTS (Präventionsprogramm zur Förderung von Akzeptanz, Respekt, Toleranz und sozialer Kompetenz): Implementierung und Analyse

Ursachen von Radikalisierung

Entwicklungsorientierte Radikalisierungsprävention beruht auf der Annahme, dass Radikalisierungen, die zu (politischen oder religiösen) Extremismen und Gewalt führen können, regelmäßig auch die Folge ungünstiger Entwicklungsprozesse im Lebenslauf der Betroffenen sind: Das Zusammenwirken von Schutz- und Risikofaktoren kann – wie eingangs des Kapitels 3.1 ausgeführt – maßgeblich Entwicklungsprobleme fördern oder mildern. Forschungsergebnisse belegen, dass sich die Förderung von Empathie und anderen sozialen Kompetenzen hemmend auch auf eine Radikalisierungsneigung auswirkt. Insbesondere die schon im Kindesalter beginnende Entwicklung von Vorurteilen kann zu menschenverachtenden Einstellungen und Intoleranz führen. Setzt man dem nichts entgegen, entwickelt sich eine Eigendynamik, die anfällig macht für gewaltverherrlichende Ideologien.

Entwicklung des PARTS-Programms

Das Präventionsprogramm PARTS (Präventionsprogramm zur Förderung von Akzeptanz, Respekt, Toleranz und sozialer Kompetenz), das im Rahmen einer DFG-Forschergruppe um Prof. Dr. Andreas Beelmann von der Friedrich-Schiller-Universität Jena entwickelt wurde, adressiert Grundschüler der 3. und 4. Klasse und wirkt der Entstehung von Vorurteilen und Diskriminierung entgegen.

Die im Vorjahr begonnene Förderung einer bundesweiten Implementierung von PARTS durch Pilotschulungen wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. Obwohl pandemiebedingte Einschränkungen und Vorgaben Lehrkräfte in Schulen schon im Übermaß forderten, gelang es, über 100 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu schulen. Mehrere Bundesländer haben Interesse bekundet, PARTS landesweit in ein Regelangebot aufzunehmen.

Bundesweite Implementierung

Weitere Informationen zu dem Programm und dessen Verfügbarkeit sind über den Wegweiser Entwicklungsförderung & Gewaltprävention des DFK (www.wegweiser-praevention.de) abrufbar.

3.1.6 Qualitätszirkel schulische Gewaltprävention (QZ)

Seit 2015 lädt das DFK einmal jährlich jeweils zwei Vertreterinnen und Vertreter aller Bundesländer ein, die in ihrem Arbeitsbereich die Verankerung gewaltpräventiver Konzepte in Schulen verantworten. Der Qualitätszirkel bietet die Chance, sich jährlich über den Stand der Entwicklung in den Bundesländern zu verständigen und über aktuell anstehende Themen wie Extremismus, sexuelle Gewalt, systemische Schulentwicklung, Rolle von Leitungspersonen, Einfluss der Neuen Medien etc. ins Gespräch zu kommen, um wertvolles Erfahrungswissen auszutauschen und voneinander zu lernen. Zudem gibt es in jedem Jahr die Möglichkeit, neueste Erkenntnisse der Präventionsforschung zu rezipieren.

Qualitätszirkel

Qualitätszirkel schulischen Gewaltprävention

Auch in diesem Jahr wurde das Angebot dankend angenommen. Die Sitzung fand unter der gewohnt fachkundigen Leitung und Moderation von Marion Altenburg-van Dieken und Helmolt Rademacher statt. Schwerpunktthemen des Austausches waren die nachhaltige Umsetzung von Schutzkonzepten in Schulen, die Nutzung digitaler Medien im Themenfeld der Gewaltprävention sowie die Forderung nach ganzheitlichem Denken im Kontext der Diskussionen um die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz.

QZ-Sitzung 2021

Frau Heike Völger vom Arbeitsstab des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) stellte in einem Impulsreferat den „Digitalen Grundkurs zum Schutz von Schüler*innen – Was ist los mit Jaron?“ vor, der Lehrkräften Basiswissen zur Prävention in diesem Themenfeld vermittelt.

Vortrag aus dem Arbeitsstab des UBSKM

Die Ergebnisse der Arbeitstagung sowie laufend aktualisierte Informationen aus den Bundesländern stehen den Mitgliedern auf einem geschützten Bereich des DFK-Informationsportals Wegweiser Prävention zur Verfügung.

Informationen für die Mitglieder

3.2 Kommunale Kriminalprävention

Städtenetzwerk

Bereits seit Stiftungsgründung unterstützt das DFK den kooperativen Ansatz der kommunalen Kriminalprävention etwa durch Initiierung und Begleitung eines Städtenetzwerkes, wo Präventionsverantwortliche von rund 25 deutschen Städten sehr rege ihr Wissen über aktuelle Entwicklungen, innovative Projekte und vielfältige Praxiserfahrungen austauschen.

Materialien für die Praxis

Neben der Vernetzung kommunaler Gremien engagiert sich das DFK-Team bei der Erarbeitung und Bereitstellung von Materialien sowie der Multiplikation von praktischen Erfahrungsberichten und Forschungsstudien. Hinzuweisen ist hierbei insbesondere auf den Leitfaden der Stiftung für die kommunale Praxis: „Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement - Erkenntnisse und Empfehlungen zu Organisation und Arbeit kriminalpräventiver Gremien auf kommunaler Ebene."

Bestandsaufnahme 2018

Um valide empirische Aussagen über die kommunale Präventionsarbeit zu erhalten, veröffentlichten DFK und Pädagogische Hochschule Freiburg im Jahre 2018 eine quantitative Bestandsaufnahme der kommunalen Gremien in Deutschland mit vielfältigen Erkenntnissen zu den Strukturen und Arbeitsweisen. Im Zuge der anschließenden Ergebnispräsentation und -diskussion warfen Landespräventionsgremien und DFK die Frage auf, wie zentrale Akteure die kommunale Ebene noch besser in ihrer strukturierten Präventionsarbeit unterstützen können. Im Jahre 2019 trafen sich deshalb DFK, Landespräventionsgremien, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Präventionstag, Deutsches Forum für urbane Sicherheit und ausgewählte kommunale Gremien sowie wissenschaftliche Experten im Rahmen einer Tagung zu einem intensiven Gedankenaustausch in Bonn (vgl. Jahresbericht 2019). Vorgeschlagen wurde, gemeinsam neue Materialien und ggf. Fortbildungsformate zu erarbeiten. Zudem wurde angeregt, die Vernetzungsstruktur im Handlungsfeld der Kommunalen Kriminalprävention systematisch zu verbessern sowie in kooperativer Art und Weise das komplementär zu den Angeboten der Landespräventionsgremien bestehende Transfer- und Serviceportfolio beim DFK zu erweitern.

Mehrjähriges Projekt: „Aufbau Unterstützungsstruktur"

Diese Anregungen aufgreifend startete die Stiftung im Berichtsjahr 2021 unter Leitung von Herrn Marcus Kober das vom Bundesministerium der Justiz (BMJ) für zunächst vier Jahre geförderte Projekt „Aufbau einer bundesweiten Unterstützungsstruktur für die kommunale Kriminalprävention und ihre Vernetzung". Das Projekt gestaltet sich über die gesamte Laufzeit in den drei Handlungsfeldern „Analyse & Synthese", „Transfer & Qualifikation" sowie „Kooperation & Vernetzung", die parallel bearbeitet werden. Im Berichtszeitraum wurden zunächst maßgebliche empirische Erkenntnisse zur Kommunalen Prävention systematisch zusammengefasst. Schriftliche Befragungen, Dokumentenauswertungen und Experten-Interviews zu Strategien, Konzeptionen und gegenwärtigen Angeboten bei den Landespräventionsgremien und anderen Akteuren schlossen sich an. Dadurch wurden Angebotslücken identifiziert bzw. Bedarfe geklärt, die aufeinander abgestimmt aufgegriffen werden.

Beratungsordner „Kommune beugt vor!"

Parallel begann in Absprache mit Partnerinnen und Partnern aus den Landesgremien der Aufbau eines modularen Transferformats in Form des Beratungsordners „Kommune beugt vor!" für die kommunale Praxis. Inhaltlich werden Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung und Erfahrungen aus der Beratungspraxis aufgegriffen sowie vorhandene Materialien der Landespräventionsgremien zugrunde gelegt. Redaktionell stehen die Praxisrelevanz und eine gute Lesbarkeit sowie eine pointiert knappe Darstellung im Vordergrund. Weiterhin entwickelte das Team ein digitales Publikationskonzept für den Transfer im Rahmen der DFK-Website.

Vernetzungstagung 2021

Ein wichtiger Meilenstein des Unterstützungs- und Vernetzungsprojektes war eine Tagung von DFK, Landespräventionsgremien, Deutschem Präventionstag, Deutschem Forum für urbane Sicherheit sowie wissenschaftlichen Experten am 27./28. Oktober 2021 in Bonn, die dem intensiven Gedankenaustausch diente.

Vernetzungstagung in Bonn *Fotos: DFK*

Austausch und Entwicklung gemeinsamer Leitgedanken

Kernelemente des Treffens waren die Vernetzung und der Erfahrungsaustausch der Teilnehmenden, der Forschungstransfer sowie die Abstimmung gemeinsamer Leitgedanken zur Unterstützung der Kommunalen Prävention. Darin heißt es:

> *„Die Partner:innen auf Länder- und Bundesebene wollen den regelmäßigen, kollegialen und vertraulichen Informations- und Erfahrungsaustausch ausbauen. Durch ein kontinuierliches Monitoring themenbezogener Forschung soll ein Wissensspeicher aufgebaut sowie der Austausch von wissenschaftlichen Erkenntnissen gefördert werden. Bewährte Unterstützungsformate in den Bundesländern gilt es bekannt und für andere nutzbar zu machen. Durch Vernetzungsarbeit und komplementäre Transferangebote können die Teilnehmenden die kommunale Präventionsarbeit in Deutschland fördern sowie professionalisieren, wobei das DFK die Rolle einer Netzwerkmoderation übernimmt."*

Handbuch „SiQua“

Im Frühjahr 2021 ist zudem die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol) an das DFK herangetreten, um in gemeinsamer Herausgeberschaft eines Projektkonsortiums mit dem DFK die Ergebnisse des Forschungsprojektes „Sicherheitsanalysen und -vernetzung für Stadtquartiere im Wandel“ (SiQua) in Form eines Handbuches zu veröffentlichen. Dem Vorschlag ist das DFK gerne gefolgt. Die zentrale Bedeutung von interdisziplinärer, ressortübergreifender Kooperation, die professionell organisiert ist, vorhandene Netzwerke einbindet, konstruktive Kommunikation ermöglicht und die betroffene Bewohnerschaft partizipieren lässt, wird in dem Handbuch aus verschiedenen Blickwinkeln herausgearbeitet und pointiert zusammengefasst. Für die Stiftung ist besonders erfreulich, dass viele ihrer eigenen Empfehlungen zur kommunalen Prävention durch das SiQua-Projekt empirisch überprüft und größtenteils bestätigt bzw. abgesichert wurden. Das Handbuch ist im September 2021 digital und gedruckt erschienen.

3.3 Prävention von Wohnungseinbruch

Fördermittel für Einbruchschutz

Die 2013 begonnene Initiative zur Förderung von Investitionen in Einbruchschutz durch Finanzanreize wurde auch 2021 erfolgreich weiterentwickelt. Der Deutsche Bundestag stellte hierfür Fördermittel in Höhe von 50 Millionen Euro zur Verfügung.

Fachunternehmerbestätigung

Die zum 1. April 2019 implementierte sogenannte „Fachunternehmerbestätigung“ zum Nachweis der fachgerechten Durchführung der Arbeiten ist seit Mai 2021 für elektronische Sicherheitstechnik bei der Einbruchschutzförderung Einzelmaßnahme verpflichtend, für mechanische Sicherheitstechnik bleibt sie weiterhin optional. Die Fachunternehmerbestätigung der KfW steht als Download auf der DFK-Website zur Verfügung.

Zusammenführung qualifizierter Errichter

Im Berichtjahr wurde zudem weiter an der angestrebten Zusammenführung der gelisteten qualifizierten Errichter gearbeitet. Seit Anfang 2019 entwickeln das DFK sowie seine Netzwerkpartner, die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK), die VdS Schadenverhütung GmbH, der Bundesverband Sicherheitstechnik (BHE) sowie der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI), in der AG Errichterlisten eine der Erhöhung der Transparenz und der Qualitätssteigerung auf dem Gebiet des Einbaus von Sicherheitstechnik dienende Lösung. Parallel wird eine einheitliche Zertifizierungsgrundlage bei der DKE (Deutsche Kommission Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik in DIN und VDE) erstellt, an der das DFK in dem entsprechenden Arbeitskreis beteiligt ist.

Änderung der Zuständigkeiten

Einbruchhemmende Fenster und Fenstertüren wurden bislang in Kombination mit energieeffizienten Maßnahmen in den KfW-Programmen „Energieeffizient Sanieren“ Nr. 430 (Zuschuss) und 151/152 (Kredit) gefördert. 2021 wurde diese Förderung in die „Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG)“ bei der KfW sowie der Bundesanstalt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) überführt. Um den Einbruchschutz auch in der BEG nachhaltig zu begleiten, befindet sich

das DFK mit dem hierfür zuständigen Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi, seit dem 8. Dezember 2021 Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz - BMWK) und der bundesweiten Interessenvertretung für Energieberaterinnen und Energieberater (GIH) im Austausch. Es folgten bis Jahresende 2021 Veröffentlichungen in den Medien des GIH zu dem Thema sowie kurz nach Ende des Berichtsjahres, namentlich im Januar 2022, eine vom DFK beim GIH durchgeführte Fortbildung für Energieeffizienzexpertinnen und -experten (EEE) mit dem Schwerpunkt Einbruchschutzförderung.

Geplante Änderung der Förderbedingungen

Mittelfristig planen das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und die KfW die Änderung der Förderbedingungen in einem eigenen Einbruchschutzprogramm, an deren Ausgestaltung das DFK gemeinsam mit ProPK mitwirkt. Hierin sollen einbruchhemmende Fenster und Fenstertüren aufgenommen werden, die bislang nur im Rahmen der BEG förderfähig sind.

Wirtschaftsinitiative „Smart Living" (WI SL)

Das DFK ist seit April 2020 Mitglied in der Wirtschaftsinitiative SmartLiving e.V. – WI SL e.V. (www.smart-living-germany.de) und arbeitet dort in mehreren Task Forces mit. Unter anderem hat das DFK seine Expertise bei der Erarbeitung von User Stories im Bereich Wohnsicherheit eingebracht. Weiterhin hat das DFK an der Erarbeitung einer Showroom-Landkarte mitgearbeitet, die 2021 veröffentlicht wurde und auf der auch Anbieter von Sicherheitstechnik und deren Fördermöglichkeiten vertreten und recherchierbar sind. Zudem hat das DFK eine Online-Fortbildung für Architektinnen und Architekten, insbesondere den Bereich der Wohnsicherheit, mitentwickelt und die erste Session im September 2021 moderiert. Diese erfolgreiche Veranstaltung soll 2022 fortgeführt werden.

Faltblatt „Einbruchschutz zahlt sich aus"

Das Faltblatt „Einbruchschutz zahlt sich aus" wurde im Juli 2021 aktualisiert und steht seitdem ausschließlich online als Download zur Verfügung. Eine weitere Anpassung wird gegebenenfalls 2022 erfolgen.

Öffentlichkeitsarbeit

Die aktuellen Entwicklungen im Bereich des Einbruchschutzes, die Förderprogramme, Veröffentlichungen und alle weiteren Planungen sowie Maßnahmen im Rahmen des Partnernetzwerkes veröffentlicht das DFK auf seiner Internetpräsenz www.kriminalpraevention.de/einbruchschutz. Ferner gibt hierzu sowie zu weiteren Arbeitsschwerpunkten auch der im Dezember 2021 erschienene Präventionsreport Auskunft.

3.4 Sicherheit in Zusammenhang mit der Zuwanderung

Flucht und ihr Einfluss auf Sicherheitsempfinden

Auf der ganzen Welt verlassen Menschen aus Krisengebieten ihre Heimat und suchen Schutz in sicheren Ländern wie Deutschland. Migration und Flucht sind ein politisch und gesellschaftlich dauerhaftes Thema, dessen Dynamik auch Einfluss auf das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung hat. Problemen bei der Integration als mögliche Ursache von Kriminalität sowie bereits bestehenden Kriminalitätsphänomenen beispielsweise in großfamiliären Kontexten gilt es vorzubeugen, nicht zuletzt weil oftmals polarisierende Berichterstattungen sowie emotional geführte migrationspolitische Debatten die Ausweitung von vorurteilsbedingten Straftaten und Hasskriminalität begünstigen.

Gesamtgesellschaftlicher Präventionsansatz mit ressortübergreifenden Netzwerkpartnern

Auch die fortwährenden Herausforderungen bei der Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen erfordern einen gesamtgesellschaftlichen Präventionsansatz. Die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention setzt sich deshalb bereits seit 2015 gemeinsam mit ressortübergreifenden Netzwerkpartnern dafür ein und wirkt in diversen polizeilichen, politischen sowie gesellschaftlichen Gremien aktiv daran mit, die Sicherheit im Kontext von Zuwanderung weiter auszubauen.

3.4.1 KPK-Projektgruppe „Prävention von Kriminalität und Förderung der Sicherheit im Zusammenhang mit der Zuwanderung"

Beschluss und Umsetzung der Konzeptionsinhalte

Nach einem entsprechenden Beschluss der im Jahr 2020 auf die seinerzeitige Lage angepassten „Konzeption zur Prävention von Kriminalität und Förderung der Sicherheit im Zusammenhang mit der Zuwanderung" begann in der benannten Projektgruppe der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK) die Umsetzung erster Inhalte des Maßnahmenpakets. Über Impulsvorträge des DFK wurden die „Mindeststandards zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Frauen in Flüchtlingsunterkünften" sowie die „Dezentrale Beratungs- und Unterstützungsstruktur für Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften" (DeBUG) innerhalb der Polizei bekannter gemacht. Auch Verantwortliche in den Landkreisen und Kommunen konnten über gemeinsam von DFK und den kommunalen Spitzenverbänden erstellte Rundschreiben informiert werden. In Kooperation mit dem DFK-Kuratoriumsmitglied Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) gelang es darüber hinaus, notwendige Schulungen und Qualitätsstandards für Sicherheitsdienstleistungen in Flüchtlingsunterkünften in das Konzept der bundesweiten „Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften" zu implementieren.

Mindeststandards und Unterstützungsstrukturen bekannter machen

Kooperation mit dem Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW)

3.4.2 Förderung von Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften

Aktualisierung der Mindeststandards

Gemeinsam mit den Partnern der „Bundesinitiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften" setzte sich das DFK auch im Jahr 2021 erfolgreich für den weiteren qualitativen und flächendeckenden Ausbau von Gewaltschutzkonzepten ein. Einen erneuten Aktualisierungsprozess der im Jahr 2016 gemeinsam publizierten bundesweiten „Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften" nutzte die Stiftung, um mit der fachlichen Unterstützung des BDSW darin erstmalig die notwendigen Qualitätsstandards bei der Erbringung von Sicherheitsdienstleistungen in Flüchtlingsunterkünften zu verankern:

Qualitätsstandards für Sicherheitsdienstleistungen in Flüchtlingsunterkünften

Kompetenzen im Umgang mit geflüchteten Menschen besonders fördern

> *„Sicherheitsmitarbeiter*innen werden vor Ort regelmäßig von Bewohner*innen angesprochen, vor allem in Konfliktsituationen. Daher müssen ihre Kompetenzen im Umgang mit geflüchteten Menschen besonders gefördert werden, insbesondere hinsichtlich interkultureller Unterschiede und Diversität. Entsprechende Handlungskompetenz sowohl im Umgang mit, als auch zum Schutz von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten ist unabdingbar. Zum Beispiel ist es zur Sicherstellung einer sachgerechten und qualitätsgestützten Sicherheitsdienstleistung erforderlich, dass bereits bei öffentlichen Ausschreibungen und*

in allen vertraglichen Beziehungen Qualitätskriterien für die Erbringung der Sicherheitsdienstleistung berücksichtigt werden"
(www.gewaltschutz-gu.de/publikationen/mindeststandards).

Fehlende Rechtssicherheit verantwortlicher Vergabestellen

Fehlende Rechtssicherheit zu Qualitätsaspekten bei den verantwortlichen Vergabestellen sowie mangelnde Qualitätskontrollen von Sicherheitsdienstleistungen und der Einsatz von Sub- oder gar Sub-Sub-Unternehmen fördern nicht selten den Einsatz von nicht ausreichend geschultem Sicherheitspersonal (z.B. fehlende interkulturelle Kompetenzen zur Konfliktvermeidung und -lösung) in Gemeinschaftsunterkünften. Dies kann zu Konflikten und Gewalt führen sowie bestehende Auseinandersetzungen eskalieren. Interkulturell geschultes und entsprechend sensibilisiertes (Sicherheits-) Personal dagegen kann helfen, Konflikten in Gemeinschaftsunterkünften vorzubeugen oder diese zu entschärfen.

Konflikten in Gemeinschaftsunterkünften vorbeugen

Hilfestellungen zur Angebotsbewertung von Qualität und Preis

Über die geforderten Eignungskriterien in öffentlichen Ausschreibungen können Auftraggeber nunmehr steuern, welche Bieterunternehmen überhaupt zum Wettbewerb zugelassen werden. Hilfestellungen zur Angebotsbewertung von Qualität und Preis gemäß der nun geltenden Fassung der Mindeststandards finden sich im „Leitfaden des BDSW zum Schutz von Flüchtlingseinrichtungen oder –unterkünften für öffentliche Auftraggeber" aus Februar 2021.

Werkstattgespräch für Landesvertreter und nachfolgende Behörden

Um eine nachhaltige Verbesserung des Gewaltschutzes in der Praxis zu erreichen, initiierte die Stiftung im Rahmen der Bundesinitiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften ein Werkstattgespräch für Verantwortliche der Bundesländer. Den einleitenden Worten des Vorstandsvorsitzenden der Stiftung Prof. Gerd Neubeck folgten Beiträge von Experten und Juristen des BDSW sowie die Vorstellung bewährter Lösungsstrategien seitens des baden-württembergischen Justizministeriums. Auf diese Weise erlangten die zahlreichen Teilnehmenden die notwendigen Bausteine zur Berücksichtigung notwendiger Qualifikationen in den Ausschreibungen. Aufgrund der hohen Nachfrage folgten weitere gemeinsame Fachbeiträge von DFK und BDSW bei diversen Fachveranstaltungen im Rahmen des Projektes DeBUG (siehe oben Ziffer 3.4.1), die auch 2022 fortgesetzt werden.

Lösungsstrategien und rechtssichere Bausteine für Ausschreibungen

Fachveranstaltungen im Projekt DeBUG

3.4.3 BROTHERS – Gewaltprävention bei (geflüchteten) Jugendlichen

Spezifische Bedarfe von jungen geflüchteten Männern

Seit 2015 zeigte sich (jedenfalls bis zum Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022), dass Flucht im Wesentlichen jung und männlich war. Die bundesweite Präventionslandschaft war und ist jedoch kaum auf die spezifischen Bedarfe von jungen geflüchteten Männern ausgerichtet. Perspektivlosigkeit, eingeschränkte Autonomie, Stigmatisierung, gepaart mit hohen Erwartungen aus den Herkunftsländern, erschweren die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erheblich. Tradierte, gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen können herkunftsunabhängig besonders in konservativen und ehrkulturellen Familienstrukturen während der Adoleszenzphase unreflektiert in ein toxisches Männlichkeitsbild und Gewalt münden.

Niedersächsischer Sozialpreis 2021

Deshalb begleitet die Stiftung das Projekt „BROTHERS – Gewaltprävention bei (geflüchteten) Jugendlichen, supported by HEROES“, das im Berichtsjahr mit dem niedersächsischen Sozialpreis ausgezeichnet wurde. In dem Projekt bilden Teamleiter Jugendliche – vorrangig mit Fluchthintergrund – im Alter von 14 bis 25 Jahren zu „BROTHERS“ aus. Diese geben ihr Wissen zu Selbstreflexion, Ehre, Wahrnehmung von Grenzen und Gewalt sowie Entwicklung von Handlungsalternativen und Rhetorik dann peer-to-peer in Workshops an Schulen und Jugendgruppen auch an die sonst schwer erreichbare Zielgruppe innerhalb der Flüchtlingscommunity weiter.

Niedersächsischer Sozialpreis 2021, BROTHERS und die Niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung Daniela Behrens *Foto: DFK*

Evaluation des Projektes durch DFK gefördert

Für eine evidenzbasierte Nachhaltigkeit des Projekts fördert das DFK dessen Evaluation durch die Gesellschaft Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich – gGmbH in Berlin. Die Erkenntnisse sollen es ermöglichen, die schon heute gut funktionierenden Konzepte und Ansätze des Projektes nachhaltig auch an anderen Standorten bundesweit nutzbar zu machen. Bereits jetzt liegen erste Interessenbekundungen zur Umsetzung auf kommunaler und Ländereben vor.

3.5 Prävention und Schutz vor häusliche Gewalt

Initiative „Stärker als Gewalt“

Seit dem Jahr 2020 ist die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention offizielle Unterstützerin der Initiative des bundesweiten Aktionsprogramms „Stärker als Gewalt“ des Bundesministeriums für Frauen, Senioren, Familie und Jugend (BMFSFJ) und hat verschiedene Fachbeiträge zu Themen der polizeilichen Prävention und Intervention erstellt. Die Initiative ist ein Zusammenschluss von Organisationen, die sich gegen Gewalt an Frauen und Männern einsetzt, denn „gemeinsam sind wir stärker als Gewalt!“ (www.staerker-als-gewalt.de). Zusammen mit Institutionen, Fachverbänden und engagierten Einzelpersonen gilt es, eine gesamtgesellschaftliche Bewegung gegen geschlechtsspezifische Gewalt zu schaffen. Erst, wenn sich mehr Menschen aktiv gegen Gewalt einsetzen und Betroffene wissen, wie sie sich wehren können und wo sie Hilfsangebote finden, können Präventionsmaßnahmen greifen und Gewalt verhindert bzw. reduziert werden.

Frauen und Männer als Opfer häuslicher Gewalt

Der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zufolge ist Partnerschaftsgewalt weltweit eines der größten Gesundheitsrisiken für Frauen. In den meisten Fällen sind Frauen Opfer häuslicher Gewalt. Die Dunkelziffer wird als hoch eingeschätzt. Auch Männer können häusliche Gewalt erleiden. Nach einer Auswertung des Bundeskriminalamtes zur polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das Berichtsjahr 2020 ist die Anzahl aller Opfer von Partnerschaftsgewalt im Vergleich zum Vorjahr 2019 von 141.792 auf 148.031 gestiegen, was eine Steigerung um 4,4 % bedeutet.

Umsetzung der Istanbul-Konvention

Das DFK unterstützt mit seiner Expertise in Form von Vorträgen, Veröffentlichungen, Workshops, Projektförderungen und Netzwerkarbeit die Umsetzung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt („Istanbul-Konvention"). Das Übereinkommen trat für Deutschland am 1. Februar 2018 in Kraft. Deutschland verpflichtet sich dadurch auf allen staatlichen Ebenen - Bund, Länder und Kommunen - von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen Schutz und Unterstützung zu bieten und Gewalt zu verhindern. Die Vertragsparteien werden ermutigt, das Übereinkommen auch auf männliche Opfer häuslicher Gewalt anzuwenden. Hierzu sollen positive Aktionen unternommen werden, um dafür Sorge zu tragen, dass Präventionsmaßnahmen speziell den Bedürfnissen Schutzbedürftiger entsprechen. Als besonders schutzwürdige Personen gelten im Sinne des Übereinkommens insbesondere auch Kinder.

Kinder als Zielgruppe von Prävention

Der Zusammenhang zwischen Gewalterfahrungen in der Kindheit und Gewaltbetroffenheit im späteren Leben ist bekannt und verweist auf die Bedeutung einer möglichst frühzeitigen Prävention. Das Setting Kindertageseinrichtungen ist demzufolge gut geeignet, eine große Anzahl an Kindern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft in ihrer zentralen Lebenswelt zu erreichen.

Projekt ReSi+

Das DFK unterstützt und begleitet daher speziell für diese Zielgruppe das mehrjährige Projekt „Resi+". Die Abkürzung steht für „Resilienz und Sicherheit - Resilienzförderung und Prävention sexualisierter und häuslicher Gewalt in Kindertageseinrichtungen". Das im Januar 2021 gestartete dreijährige Vorhaben der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm und der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention wird vom Bundesministerium der Justiz finanziert. Ziel des Projektes ReSi+ ist es, durch eine bundesweite Verbreitung und Implementierung des Programms nachhaltige, koordinierte und strukturelle Prävention für die Phänomenbereiche sexualisierte und häusliche Gewalt im Setting Kindertagesstätten zu entwickeln und zur Verfügung zu stellen.

Projektschritte im Berichtsjahr 2021

Im Berichts- und ersten Projektjahr 2021 wurde von den Projektbeteiligten unter anderem ein Konzept zur Erweiterung des zuvor auf die Prävention sexualisierter Gewalt zugeschnittenen und positiv evaluierten Programms ReSi um den Aspekt der Prävention häuslicher Gewalt entwickelt. Des Weiteren wurden Übungen für Kinder einschließlich Bildmaterialien, Reflexionsübungen für Fachkräfte sowie eine für Fachkräfte von Kindertageseinrichtungen konzipierte Broschüre zum Thema häusliche Gewalt erstellt. Für den noch durchzuführenden Pretest konnten bereits bundesweit Zusagen gewonnen und Kontakte zu potenziellen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren des Programms geknüpft werden. Auch wurde ein wissenschaftlicher Beirat installiert.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Projekt ReSi+ wurde im Rahmen eines Vortrages anlässlich des 26. Deutschen Präventionstages am 11. Mai 2021 erstmalig dem Fachpublikum vorgestellt. Eine Aufzeichnung des Vortrages sowie weitere Informationen zum Projekt ReSi+ finden Sie im Webauftritt des DFK (www.kriminalpraevention.de/projekt-resi.html).

3.6 Hass und Gewalt gegen Mandatsträger und Behördenmitarbeiter

Hass und Gewalt als zunehmendes Problem

Für viele Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker gehört es mittlerweile zu ihrem Alltag, zum Ziel von Hass, Bedrohungen oder Gewalt zu werden. Eine zunehmende Verrohung prägt die Kommunikation mit Amts- und Mandatsträger/-innen, online wie analog. Diese Entwicklung ist mit großen individuellen Belastungen für die Betroffenen verbunden und birgt die Gefahr, dass die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement in der Kommunalpolitik zurückgeht.

Unterstützungsbedarf

Daher müssen unter anderem Angebote ausgebaut und bekannt gemacht werden, die Betroffene darin unterstützen, sich vor Angriffen zu schützen und besser mit deren Folgen umgehen zu können. Aus diesem Grund hat sich das DFK auch im Berichtsjahr zu diesem Thema engagiert.

Portal „Stark im Amt"

Beratend unterstützt das DFK das Portal www.stark-im-Amt.de, ein Kooperationsprojekt der Körber-Stiftung mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund. Bei der Erstellung des Internetangebotes hat das DFK Informationen beigesteuert, wie sich kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger vor Angriffen schützen und diesen vorbeugen können. Außerdem hat das DFK bei der Ausarbeitung von Fallbeispielen und Unterstützerprofilen beraten. Das neue Portal bietet Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und sonstigen Verantwortlichen einen direkten Zugang zu Informationen und Angeboten, um Übergriffen vorzubeugen, aber auch um die Herausforderungen eines Angriffs zu meistern. Damit nimmt das Portal eine Lotsenfunktion ein, zeigt Handlungsoptionen auf und hilft mit Kontakten weiter.

Diskussionsbeitrag des DFK bei der Freischaltung des Portals am 29. April 2021

Freischaltung durch den Bundespräsidenten

Das Portal wurde im April 2021 durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Rahmen einer öffentlichkeitswirksamen Veranstaltung freigeschaltet und wird von ihm als Schirmherr unterstützt.

3.7 Expertise zum Dritten Periodischen Sicherheitsbericht (3. PSB)

3. PSB

Der vom Bundesinnen- und Bundesjustizministerium am 6. November 2021 veröffentlichte dritte Periodische Sicherheitsbericht (PSB) gibt einen allgemeinen Überblick der Kriminalitätslage und -entwicklung in Deutschland in den vergangenen 15 Jahren, der über die bloße Analyse der verfügbaren Kriminal- und Justizstatistiken hinausgeht. Mit dem zeitlichen Längsschnitt, der Einordnung in den wissenschaftlich-kriminologischen Forschungsstand und der Verbindung mit den Aussagen der Justizstatistiken ergibt sich ein umfassendes Bild. Der PSB bietet somit eine gute Grundlage, um Handlungsbedarfe in den Bereichen der Sicherheitsgewährleistung und Strafverfolgung zu erkennen sowie wirksame Konzepte zur Kriminalitätsbekämpfung und –prävention zu entwickeln.

Schwerpunkte

Der 3. PSB setzt in der Analyse drei Schwerpunkte: Gewaltkriminalität, unter anderem auch im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie, rechtsmotivierte Straftaten sowie neue Formen der Tatbegehung im digitalen Raum wie Grooming, Stalking und Mobbing.

Unterstützung durch DFK und NZK

DFK und NZK haben die Redaktion mit umfassender Expertise und Textbeiträgen zur Gewaltprävention sowie zur Prävention von antisemitischer, rechtsmotivierter und hassgeleiteter Kriminalität unterstützt.

3.8 Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)

Aufgaben des EUCPN

Das im Jahre 2001 gegründete EUCPN soll die lokale, nationale und europäische Ebene verbinden und das Wissen und die Praxis der Mitgliedstaaten im Bereich der Kriminalprävention fördern. Das EUCPN versteht sich als klassisches Netzwerk, führt Präventionskampagnen durch und stellt Wissen bereit, insbesondere über seinen Internetauftritt www.eucpn.org und die dort abrufbaren „Toolboxen". Diese stellen – nach Themen sortiert und zunehmend auch in deutscher Sprache verfügbar – wertvolles Hintergrundwissen und Werkzeuge für die Präventionspraxis in den Mitgliedstaaten bereit.

(Virtuelle) Best Practice-Konferenz der slowenischen Präsidentschaft

Das Netzwerk richtet jeweils in der zweiten Jahreshälfte eine Best Practice-Konferenz zu einem von der jeweiligen Ratspräsidentschaft ausgewählten Schwerpunktthema aus, in deren Rahmen der Europäische Präventionspreis (European Crime Prevention Award - ECPA) vergeben wird. Das EUCPN hat die Konferenz am 9. Dezember 2021 im Rahmen der slowenischen Ratspräsidentschaft erneut im Online-Format durchgeführt. Inhaltlicher Schwerpunkt war die Prävention von (Cyber-) Mobbing und damit zusammenhängender Gewalt unter Jugendlichen. Zum Höhepunkt der digitalen Konferenz wurde die Verleihung des Europäischen Präventionspreises (European Crime Prevention Award / ECPA).

Gewinner der Präventionspreise

Der erste Preis ging an das ungarische Projekt „Ask for help!", das zum Ziel hat, das Bewusstsein bei Jugendlichen über Schädlichkeit und Ausmaß von Mobbing zu schärfen. Das Projekt umfasst vier Säulen mit verschiedenen künstlerischen,

pädagogischen und erzieherischen Instrumenten (z. B. Videos, Musik- und Theaterpädagogik sowie ein Peer-to-Peer-Bildungsprogramm). Über die verschiedenen Ansätze soll die Veränderung von problematischen Einstellungen erreicht werden.

Den zweiten Preis erhielt das finnische Projekt „Safe Oulu" (Sicherheitserziehung von der Vorschule bis zum Ende der Grundschulzeit).

Über den dritten Preis freute sich das tschechische „FaceUP" (einfache, schnelle und anonyme Kommunikation zwischen Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonal und Eltern über Probleme und Übergriffe im schulischen Umfeld mittels einer Online-Vertrauensbox).

Deutscher Beitrag

Deutschland war mit der Kampagne „Zivile Helden" am Start: Mit dem Ansatz zeigt die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, dass sie Kriminalprävention wirksam auch über soziale Netzwerke betreiben kann – und damit insbesondere junge Zielgruppen erreicht.

Projektbeschreibungen beim EUCPN abrufbar

Die Beschreibungen der während der Konferenz vorgestellten Projekte stehen auf der EUCPN-Website (www.eucpn.org) zum Nachlesen bereit. Die nächste Best Practice-Konferenz wird Ende 2022 unter tschechischer Ratspräsidentschaft stattfinden.

Treffen der nationalen Präventionsgremien

Am 20. Dezember 2021 lud das EUCPN zudem zu einem (virtuellen) Treffen der nationalen Präventionsgremien ein. Diskutiert wurde unter anderem die Frage der Übertragbarkeit von „Best-Practice-Projekten" über die Staatengrenzen hinweg. Es bestand Einvernehmen, dass die Adaption eines erfolgreichen Projektes stark von den jeweiligen nationalen sowie regionalen Präventionsstrategien und Rahmenbedingungen abhängig ist und deshalb häufig nicht in Frage kommt. Deshalb müsse die Übertragbarkeit von Gelingensfaktoren in andere Kontexte stärker in den Blick genommen werden.

3.9 Kooperationspartnerschaft „Deutscher Präventionstag" (DPT)

DFK als Partner des Präventionstages

Das DFK ist ständiger Veranstaltungspartner des Deutschen Präventionstages (DPT), der im Jahre 1995 als nationaler jährlicher Kongress speziell für das Arbeitsfeld der Kriminalprävention gegründet wurde. Der Kongress wendet sich insbesondere an alle Verantwortungsträger der Prävention aus Behörden, Gemeinden, Städten und Kreisen, Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe, Justiz, Kirchen, Medien, Politik, Polizei, Präventionsgremien, Projekten, Schulen, Sport, Vereinigungen und Verbänden, Wissenschaft und alle anderen Interessierten.

Virtueller 26. DPT: „Prävention orientiert! ... planen ... schulen ... austauschen ..."

Der 26. Deutsche Präventionstag fand am 10. und 11. Mai 2021 in Köln pandemiebedingt erneut als Online-Kongress statt. Mit dem Kongressthema „Prävention orientiert! ... planen ... schulen ... austauschen ..." sollte eine Debatte über die zentrale Rolle der Prävention gerade in Krisenzeiten sowie über die Bedeutung von Bildung und lebenslangem Lernen in diesem Prozess angestoßen werden. Die Veranstaltung wurde mit hohem technischen Aufwand digital

durchgeführt und von den rund 1.200 angemeldeten Teilnehmenden in zahlreichen unterschiedlichen Formaten rezipiert.

Kongressgutachten

Wie bereits im Vorjahr beim 25. DPT in Kassel wurde das den Kongress begleitende, von der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention aus Zuwendungsmitteln des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz geförderte Gutachten zum Schwerpunktthema erneut in hybrider Form mittels Videostatements und schriftlichen Ausarbeitungen angeboten.

„Kölner Erklärung"

Sämtliche Kongressbeiträge sowie die vom DPT und seinen ständigen Veranstaltungspartnern (darunter dem DFK) verfasste „Kölner Erklärung" sind im Kongressarchiv des DPT (www.praeventionstag.de) ausführlich dokumentiert.

Vortragsreihe, Moderation und Förderung

Das DFK hat sich wie stets umfassend an der Vorbereitung und Durchführung des Deutschen Präventionstages beteiligt: Als finanzieller und ideeller Förderer, durch Mitgliedschaft im Programmbeirat sowie durch Vorträge und Moderationen.

Festschrift und Webseite zum 25-jährigen Kongressjubiläum

Im Berichtsjahr 2021 veröffentlichte der Deutsche Präventionstag zudem aus Anlass seines 25-jährigen Bestehens eine Jubiläumswebseite mit Videostatements, Texte und Materialien zu sämtlichen zurückliegenden Kongressen sowie eine zugehörige Festschrift. Die enge Kooperation des DFK mit dem Deutschen Präventionstag findet nicht nur in einem Grußwort des Stiftungsvorstands und einem Fachbeitrag in der Festschrift ihren Ausdruck. Vielmehr verbindet beide Akteure eine enge und gelebte Partnerschaft, geeint von der Erkenntnis und dem Bestreben, im Dreieck zwischen Präventionspolitik, Präventionswissenschaft und Präventionspraxis mit Nachdruck auf die Notwendigkeit des Präventionsparadigmas hinzuweisen. Beide erwähnten Formate – Webseite und Festschrift – wurden vom DFK aus Mitteln des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz finanziell gefördert.

3.10 Wissensmanagement und Öffentlichkeitsarbeit: Website, Fachpublikationen, Zeitschrift

Website

Die Website *www.kriminalpraevention.de*, ergänzt durch einen korrespondierenden Auftritt bei Facebook, ist unverzichtbares Medium des Wissenstransfers, der Vernetzung sowie der Öffentlichkeitsarbeit.

Die DFK-Website orientiert über Leitbild, Aufgaben sowie die Mitarbeit in zahlreichen Netzwerken und versteht sich als ein Instrument des Wissensmanagements für ausgewählte Handlungsfelder der Prävention. Sie hält zu den einzelnen Arbeitsschwerpunkten der Stiftung ausführliche Informationen, Publikationen und Materialien bereit. Der Veranstaltungskalender weist stets aktuell auf bevorstehende Kongresse, Tagungen, Seminare oder andere präventionsrelevante Termine hin.

Zeitschrift „forum kriminalprävention"

Die vom DFK herausgegebene Zeitschrift „forum kriminalprävention" hat das zentrale Anliegen, Prävention als polizeiliche, justizielle, soziale, gesundheitsfördernde, bildungs- und erziehungsbezogene Handlungsfelder verbindende Aufgabe zu vermitteln sowie den Wissenstransfer und die Vernetzung der vielfältigen Präventionsinstanzen zu fördern. Als Sprachrohr von Praxis und Wissenschaft zugleich werden viele Handlungsfelder der Prävention präsentiert und diskutiert.

Die Zeitschrift des DFK erscheint vierteljährlich beim „Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH“ (VDP).

Titel der Ausgaben 2021

Archiv

Im Online-Archiv können seit 2010 alle Titel und Kurzbeschreibungen recherchiert und zu einem großen Teil vollständig heruntergeladen werden. Die Online-Blätterversion des Heftes befindet sich seit 2015 ebenfalls im Archiv.

Präventionsreport

Weiterhin hat die Stiftung, wie bereits in den Jahren zuvor, zum Jahresende den Präventionsreport herausgegeben, der über ausgewählte Aktivitäten des DFK berichtet. Der Bericht steht auf der Website zum Download verfügbar.

4. Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement

Stiftungsprofessur Tübingen

Die Stiftungsprofessur an der Eberhard Karls Universität Tübingen wurde vom DFK im Jahr 2012 initiiert und wird seitdem von der Stiftung aus Zuwendungsmitteln des BMI finanziert. Zielrichtung dabei war und ist, einen strategischen Beitrag zu leisten, evidenzbasiertes Wissen zur Kriminalprävention und zum Risikomanagement für den kommunalen Bereich wie auch für übergeordnete gesellschaftliche und staatliche Ebenen zu erfassen und nutzbar zu machen. Nationale und internationale Erkenntnisse sollten zielgruppenspezifisch und anwenderorientiert aufbereitet werden.

Frau Prof. Dr. Rita Haverkamp widmet sich als Inhaberin der Professur seit Jahren mit großem Erfolg dieser umfassenden Aufgabe und hat auch im Berichtsjahr eine Vielzahl von Forschungsvorhaben und Aktivitäten in diesem spezifischen Themenfeld verantwortet, die hier nur beispielhaft benannt werden können:

Verbundprojekt migsst

- In dem BMBF-Verbundprojekt migsst wurden die Ergebnisse einer qualitativen Feldforschung im Themenfeld „Migration und Sicherheit in der Stadt" aufbereitet. Die wichtigen und spannenden Erkenntnisse zu dem Zusammenhang zwischen Migration, Integration, Segregation und Kriminalität in urbanen Räumen wurden in verschiedenen Formaten veröffentlicht und sind als Studienhefte, Lehrmaterialien und Videocasts kostenfrei verfügbar.

Evaluation des Kommunalen Außendienstes München

- Die Prozess- und Wirkungsevaluation des Kommunalen Außendienstes (KAD) der Landeshauptstadt München in Hinblick auf Implementation, Organisationsstruktur, Wirksamkeit und perspektivische Entwicklung wurde mit einem Endbericht abgeschlossen.

Verbundprojekt SiLBer

- In dem BMBF-Verbundprojekt SiLBer wird ein Sicherheitskonzept entwickelt, um ein von der Stadt Ludwigsburg erworbenes Areal in die Bahnhofsumgebung zu integrieren und aus dem Bahnhofsumfeld ein Viertel zu gestalten, in dem die Bürgerinnen und Bürger sich sicher fühlen. Die Dynamik und Wechselwirkung des Ludwigsburger Bahnhofs mit seinem direkten Umfeld bezüglich Transit-, Konsum- und Wohnfunktion im Kontext Sicherheit soll untersucht und durch neue, innovative organisatorische und technische Sicherheitslösungen verbessert werden.

Webpräsenz der Professur

Ausführlichere Informationen zu diesen und allen weiteren Projekten können auf der Homepage der Professur (www.jura.uni-tuebingen.de/professoren_und_dozenten/stiftungsprofessur-fuer-kriminalpraevention-und-risikomanagement) nachgelesen werden. Über die dort hinterlegten Projektwebseiten steht auch eine Vielzahl von Materialien zum Download bereit.

5. Arbeitsstelle Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK)

5.1 Das NZK im Überblick

Einstellung der Projektförderung durch das BMI

Bereits im Einleitungskapitel wurde darauf hingewiesen, dass das BMI als Zuwendungsgeber des NZK die Förderung zum 31. Dezember 2021 hat auslaufen lassen. Der Vorstand des DFK bedauert dies sowie die damit verbundene Loslösung des NZK von der Stiftung sehr, weil aus seiner Sicht die ursprünglich beabsichtigt gewesene dauerhafte Zusammenführung von DFK und NZK die Chance eröffnet hätte, phänomenübergreifend einen durch wissenschaftliche Expertise angeleiteten Transfer kriminalpräventiven Wissens auf Bundesebene zu befördern.

Abschluss der Projektarbeiten zum Jahresende 2021

Ungeachtet dessen haben die im Berichtsjahr im NZK verbliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – Frau Frederike Wistuba (bis 31. Mai), Herr Davis Adewuyi, Herr Dr. Mitra Moussa Nabo und vertretungsweise Herr Marcus Kober mit beachtens- und dankenswertem Engagement die Arbeiten zu einem erfolgreichen Abschluss geführt, und dies mit erneut großer Sichtbarkeit. Details dazu sind im folgenden Kapitel 5.2 nachlesbar. Die Produkte des NZK – Berichte, Handreichungen, Broschüren und vieles mehr – sind auch nach Abwicklung des NZK über das DFK und dessen Webauftritt entweder als Printfassung bestellbar sowie als Download verfügbar.

5.2 Projekte des NZK im Berichtsjahr 2021

Im Berichtsjahr 2021 wurden auf Grund der abnehmenden Personalressourcen keine neuen Projekte mehr initiiert, sondern in den Vorjahren begonnene Vorhaben zum Abschluss gebracht.

Einsatz von EvIs im Projekt „beRATen"

Kooperationsprojekt „beRATen"

Im Zeitraum vom September 2020 bis Dezember 2021 wurde mit dem Verein für jugend- und familienpädagogische Beratung Niedersachsen – beRATen e.V. und dem Niedersächsischem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung eine offizielle Kooperation für die Durchführung einer wissenschaftlichen Begleitung vereinbart. Das Betätigungsfeld des gemeinnützigen Vereins ist das Anbieten von Beratungsformaten, um von neosalafistischer Radikalisierung betroffenen jungen Menschen und deren Angehörigen Wege für eine Abwendung von gewaltbezogener und extremistischer Ideologie aufzuzeigen. Die Kooperation wurde mit einer Abschlusskonferenz am 10. Dezember 2021 erfolgreich zu Ende gebracht.

Projektziele

Das Ziel der wissenschaftlichen Begleitung war ein zweifaches: Wissenstransfer und die Strukturierung der fallbezogenen Arbeitspraxis.
Im Hinblick auf einen Wissenstransfer hat das NZK den Bedarf unter den Mitarbeitenden von beRATen e.V. ermittelt und entsprechende aktuelle Diskurse, Wissensbestände und Erfahrungswerte im Phänomenbereich Extremismus(prävention) systematisch erfasst und in Transferformaten aufbereitet. Die daraufhin maßgeschneiderten Themenblöcke wurden in mehreren Fortbildungsveranstaltungen inhaltlich diskutiert und bearbeitet. Die Fortbildungsveranstaltungen wurden jeweils unter der Leitung externer Expertise seitens des NZK inhaltlich konzipiert und durchgeführt.

Im Hinblick auf den zweiten Schwerpunkt der Kooperation wurde mithilfe des vom NZK in den Vorjahren entwickelten Evaluationstools EvIs (Evaluationskriterien für die Islamismusprävention) die Nachvollziehbarkeit von fallbezogenen Entwicklungen im Rahmen der Beratungsarbeit von beRATen e.V. systematisiert und weiterentwickelt. Dies diente einerseits zur Reflexion der eigenen Präventionspraxis und andererseits dazu, praxisbezogene, übergreifende Erkenntnisse über den praktischen Nutzen von EvIs zu generieren. In diesem Sinne wurde das vom NZK entwickelte Instrument EvIs in die reguläre Arbeit bzw. Falldokumentation von beRATen e.V. integriert. Hierdurch konnten fallbezogene Entwicklungen für Dritte nachvollziehbar gemacht und die strukturierte Reflexion der eigenen Arbeit ermöglicht werden. Dabei bestand das langfristige Ziel darin, eine umfassendere Evaluation der Beratungsarbeit durch die kontinuierliche Anwendung von EvIs zu ermöglichen. Für das NZK bot sich zugleich eine wertvolle Gelegenheit, EvIs in der Praxis zu testen und anwendungsorientiert zu optimieren.

Begleitung des Projektes „spiel.raum“

Wissenschaftliche Begleitung durch NZK

Zwischen Januar 2019 und Mai 2021 war das NZK-Team von der Sozialberatung Stuttgart e.V. mit einer umfassenden wissenschaftlichen Begleitung der Präventionsmaßnahme „spiel.raum“ beauftragt. In der evaluierten Maßnahme stand die Prävention von islamistischem Extremismus in Justizvollzugsanstalten im Fokus. Die Zielgruppe bestand aus männlichen Jugendlichen und jungen Volljährigen in Untersuchungs- und Strafhaft in Baden-Württemberg, die durch die Inhaftierung und der damit einhergehenden Krisensituation grundsätzlich ein erhöhtes Risiko aufweisen, sich zu radikalisieren bzw. sich islamistischen/extremistischen Gruppen zuzuwenden. Das Projekt wurde von der Sozialberatung Stuttgart e.V. in Kooperation mit der Fach- und Beratungsstelle Extremismus „Inside Out“ durchgeführt. Wesentliche Arbeitsschwerpunkte einer formativ-evaluativen Begleitung waren Aspekte der Konzept-, Prozess- und Wirkungs- bzw. Outcome-Evaluation.

Abschlussbericht

Das Projekt lief bis Ende 2021. Nach einem umfangreichen Zwischenbericht zum konzeptionellen Vorgehen der Evaluation sowie deren ersten Ergebnissen (NZK Berichtsreihe 3/2020) ist Mitte 2021 ein Abschlussbericht mit den fortgeschriebenen Ergebnissen der Evaluation publiziert worden (Forschungsberichte des NZK 1/2021).

Kooperationsprojekt „IRev“

Projekt „IRev“

Im Rahmen des von der Kriminologischen Zentralstelle (KrimZ) durchgeführten Projektes IRev (Islamistische Radikalisierung erkennen und vermeiden) hat das NZK-Team im Jahr 2020 einen Teilbeitrag zu Fragen von Monitoring und Evaluation von großangelegten Präventionsmaßnahmen im JVA-Kontext erarbeitet. Ziel des Projekts IRev war die Entwicklung eines Maßnahmenkatalogs zur Islamismusprävention in JVAen, der im Dezember 2020 erschienen ist. Der Maßnahmenkatalog beinhaltet unter anderem das vom NZK entwickelte EvIs-Instrument als standardisierte Hand-

lungsempfehlung für Monitoring-Zwecke im JVA-Kontext. Konkret soll EvIs dazu dienen, in Bezug auf die im Förderplan breit angelegten Präventionsmaßnahmen den Entwicklungsprozess des jeweiligen Gefangenen abzubilden, um so deren Effektivität und Sinnhaftigkeit zu prüfen. Aufgrund der mit EvIs generierten Erkenntnisse kann somit die Entwicklung und Anpassung von Förderplänen im Hinblick auf islamistische Radikalisierungsgefahr evidenzbasiert begleitet und gesteuert werden.

Pandemiebedingter Entfall der Fortbildung

Für den Zweck der modellhaften praktischen Umsetzung des EvIs-Instruments im JVA-Kontext wurde im Jahre 2021 eine Kooperation mit der JVA Wiesbaden beschlossen. Mitarbeitende der JVA sollten im Rahmen einer Fortbildung für die praktische Anwendung von EvIs in ihrem Arbeitsalltag geschult werden, wofür ein Fortbildungskonzept erarbeitet wurde. Aufgrund der pandemischen Lage und den damit verbundenen Restriktionen konnte die Fortbildung bedauerlicherweise nicht praktisch umgesetzt werden. (www.krimz.de/fileadmin/dateiablage/download/Praxishandbuch.pdf).

Übersichtsarbeiten

Übersichtsarbeiten des NZK

Ein Hauptarbeitsfeld des NZK war die Erstellung von systematischen Übersichtsarbeiten zu Evaluationen in verschiedenen Feldern der Kriminalprävention. Im Berichtsjahr wurden zwei neue Themen in der Berichtsreihe des NZK bearbeitet.

Effekte öffentlicher Videoüberwachung

Zum einen waren dies Evaluationen zu den Effekten von Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Auf Grundlage von sechs einbezogenen Evaluationen zur Wirkung von Videoüberwachung öffentlicher Plätze auf das Kriminalitätsaufkommen kommt der Bericht zu dem Ergebnis, dass sowohl negative als auch positive Effekte der Präventionsmaßnahme in den Studien ermittelt werden konnten. Nur eine von sechs Studie lieferte dabei einen Nachweis, der eine Interpretation der Studienergebnisse als kausalen Effekt der Maßnahme auf das Kriminalitätsaufkommen zulässt.

Effekte von Bodycams

Ein weiterer Bericht beinhaltet die Effekte von Bodycams zur Prävention von Gewalt gegen Polizeikräfte. Die Übersichtsarbeit kommt zu dem Ergebnis, dass einige der berücksichtigten Studien Evidenzen mit hoher wissenschaftlicher Güte generieren konnten, auf Grund konträrer Analyseergebnisse jedoch in Summe kein kriminalpräventiver Effekt in Form einer Schutzwirkung für Polizeikräfte gegen Gewalttaten belastbar nachgewiesen werden kann.

Sicherung von Arbeitsergebnissen

Unterstützung des Projekts „PrEval"

Ein Kabinettsauschuss der letzten Bundesregierung hat 2021 einen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus vorgelegt. Darin wird unter anderem der Aufbau eines „Bundesinstituts Qualitätssicherung" zur Etablierung dauerhafter Strukturen und Prozesse der Qualitätssicherung und Wirkungssteigerung in der Prävention und politischen Bildung vorgeschlagen. Zur konzeptionellen Vorbereitung einer solchen Institution wird vom BMI zwischen März 2020 und Juni 2022 das Projekt PrEval (Evaluationsdesigns für Präventionsmaßnahmen – Multimethodische Ansätze zur Wirkungsermittlung und Qualitätssicherung in der Extremismusprävention sowie den Schnittstellen zur Gewaltprävention und politischen Bildung) gefördert. Im Berichtsjahr hat sich das NZK durch die Teilnahme an Fachtagen sowie die Begutachtung von Arbeitsergebnissen in die Projektarbeit eingebracht.

Sicherung der Arbeitsergebnisse des NZK

Um Arbeitsergebnisse des NZK für ein „Bundesinstitut Qualitätssicherung" oder andere Verwendungen anschlussfähig zu machen, wurden mehrere sondierende Fachgespräche mit den Fachabteilungen des Zuwendungsgebers BMI sowie unter Einbeziehung des BMFSFJ geführt. Die perspektivische Weiterverwendung von Inhalten des vom NZK in den Vorjahren entwickelten Internetportals WESPE (Wissenschaftliche Erkenntnisse zu Sicherheits- und Präventionsmaßnahmen durch Evaluation) sowie des Instruments EvIs (Evaluationskriterien für die Islamismusprävention) wurden in einem abgestimmten Arbeitspapier festgehalten.

6. Organisation, Personal und Finanzlage der Stiftung

6.1 Organisation

Sitz der Geschäftsstelle in Bonn

Die Geschäftsstelle des DFK befindet sich unverändert am Stiftungssitz in Bonn, namentlich in den Räumlichkeiten der Dienststelle Bonn des Bundesministeriums des Innern und für Heimat.

6.2 Personal

Personalsituation der Geschäftsstelle

Zum Ende des Berichtsjahres waren in der Geschäftsstelle des DFK insgesamt zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Leiter der Geschäftsstelle und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Stiftung ist Herr Oberstaatsanwalt Stefan Daniel, der dem DFK im Jahre 2009 vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) zugewiesen wurde. Ebenfalls von dort zugewiesen ist seit 2010 Frau Staatsanwältin Christine Liermann. Herr Kriminaldirektor Dipl.-Kfm. Wolfgang Kahl, zugewiesen vom Bundeskriminalamt, ist seit 2003 unverändert das dienstälteste Geschäftsstellenmitglied des DFK.

Nachdem die Geschäftsstelle des DFK seit dem Jahr 2013 auf Grundlage eines Beschlusses des Arbeitskreises II „Innere Sicherheit“ (AK II) der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) durch zuletzt vier Beamtinnen und Beamten einzelner Länderpolizeien verstärkt worden war, wurden deren Stellen im Jahre 2020 zum BKA verlagert und werden seitdem nach dem Königsteiner Schlüssel von allen Ländern finanziert. Es handelt sich um Frau Kriminalhauptkommissarin Sabrina Mohr, M.A. (Erwachsenenbildung) [dem DFK zugewiesen seit November 2015], Herrn Kriminalhauptkommissar Matthias Kornmann (dem DFK zugewiesen seit November 2016), Frau Erste Kriminalhauptkommissarin Renate Schwarz-Saage, M.A. (Kriminologie und Polizeiwissenschaft) [dem DFK zugewiesen seit November 2017] sowie Herrn Leitenden Kriminaldirektor Gerald Muß, wobei Letztgenannter nicht zum BKA versetzt, sondern vom Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen dorthin abgeordnet wurde (Herr Muß ist dem DFK seit August 2016 zugewiesen).

Die administrativen Abläufe in der Geschäftsstelle werden bereits seit dem Jahre 2013 in stets bewährter Weise durch Frau Elke Rink aus dem Bundesministerium des Innern und für Heimat unterstützt.

Herr Kriminalhauptkommissar Norbert Hebborn vom Polizeipräsidium Köln, der das DFK seit dem 1. September 2020 unterstützt hatte, schied zum 15. November 2021 aus der Geschäftsstelle aus.

Neue Mitarbeiter der Geschäftsstelle sind die in den Projekten „Bundesweite Stärkung der Evidenzbasierung von Präventionsmaßnahmen im Themenfeld Entwicklungsförderung und Gewaltprävention“ bzw. „Aufbau einer bundesweiten Unterstützungsstruktur für die kommunale Kriminalprävention und ihre Vernetzung“ (vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel 3.1 bzw. 3.2 dieses Jahres-

berichtes) eingestellten Wissenschaftler Marcus Kober (seit 1. Januar 2021) und Frederik Tetzlaff (seit 15. März 2021).

6.3 Finanzlage

Stiftungskapital konstant

Der eingezahlte Stiftungsstock betrug zum 31. Dezember 2021 unverändert EUR 2.822.800,12.

Vermögensverwaltung

Die Verwaltung des Vermögens erfolgte auch im Berichtsjahr 2021 durch das Bankhaus Merck Finck, A Quintet Private Bank, das zum 31. Dezember auf Basis aktueller Kurswerte einen stichtagsbezogenen Wertzuwachs von 5,11 % generierte.

Entnahmen

Für die Stiftungsarbeit wurde im Berichtsjahr ein Betrag in Höhe von EUR 65.000 entnommen.

Zuwendungen BMJ und BMI

Daneben ist für das Berichtsjahr erneut auf Zuwendungen des Bundesministeriums der Justiz (BMJ) und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) hinzuweisen. Das BMJ stellte dem DFK projektbezogene Fördermittel in Höhe von EUR 478.000 zur Verfügung, die im Wesentlichen für die beschriebenen Projekte in den Arbeitsschwerpunkten „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention", „Kommunale Kriminalprävention" und „ReSi+" verwendet wurden. Die Zuwendung des BMI betraf zum einen die Finanzierung der in Kapitel 4 näher beschriebenen Professur für Kriminalprävention und Risikomanagement an der Universität Tübingen (hier standen EUR 200.000 zur Verfügung, die nahezu vollständig verwendet wurden), zum anderen den Betrieb der Arbeitsstelle Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK), für den rund EUR 400.000 aufgewendet wurden (vgl. Kapitel 5).

Ausgaben 2021

Das DFK hat im Berichtsjahr 2021 für die oben im Einzelnen beschriebene Stiftungsarbeit (ohne Professur Tübingen und NZK) rund EUR 534.500 verausgabt. Mit rund EUR 260.500 entfiel der wesentliche Teil auf die unter Ziffer 3.1 dieses Berichtes dargelegten Maßnahmen im Themenschwerpunkt „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention".

Rund EUR 108.500 sind im Rahmen der Aktivitäten zur Unterstützung der kommunalen Prävention verausgabt worden, EUR 81.500 für das Projekt ReSi+ sowie die Evaluation von „BROTHERS".

Die Förderung des 25. Deutschen Präventionstags (DPT) in Höhe von EUR 50.000 wurde aus dem Übertrag des vergangenen Jahres Anfang 2021 ausgezahlt.

Für allgemeine Geschäftsausgaben der Stiftung einschließlich Buchhaltung, Jahresabschluss und Broschüren sowie den Betrieb eines Multifunktionsgerätes zum Drucken, Scannen und Kopieren wurden insgesamt rund EUR 25.000 aufgewendet, für den Internetauftritt, Jahresbericht und weitere Öffentlichkeitsarbeit rund EUR 9.000.

Tabellarisch lässt sich das Budget im Überblick wie folgt zusammenfassen:

Budget-Übersicht 2021

Budgetplanung 2021 (gerundet)		**Ausgaben 2021** (gerundet)	
Übertrag aus 2020*	95.500 EUR	Geschäftsausgaben (incl. Buchführung u. Jahresabschluss)	25.000 EUR
Entnahme aus den Stiftungserträgen	65.000 EUR	Öffentlichkeitsarbeit und Internet	9.000 EUR
Rückzahlungen	4.000 EUR	Projekte „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention“	260.500 EUR
Honorar Chefredaktion „forum kriminalprävention“	6.000 EUR	Evaluationsprojekt „BROTHERS“	13.000 EUR
		Projekt „Kommunale Kriminalprävention“	108.500 EUR
		Projekt „ReSi+“	68.500 EUR
		Förderung des Deutschen Präventionstages	50.000 EUR
BMJ-Zuwendung	478.000 EUR		
		Summe Ausgaben	534.500 EUR
		Übertrag nach 2022**	114.000 EUR
Summe	648.500 EUR	Summe	648.500 EUR

** Der Übertrag enthält Fördermittel des BMJ in Höhe von EUR 71.000, die im Januar 2021 verausgabt wurden (25. DPT: EUR 50.000, CTC: EUR 20.000, PRIMO: EUR 1.000).*

*** Der Übertrag nach 2022 setzt sich zusammen aus Eigenmitteln in Höhe von EUR 29.500 und überjährigen Fördermitteln des BMJ in Höhe von EUR 84.500, die Anfang des Jahres 2022 verausgabt bzw. zurückgezahlt wurden.*

Die Zuwendungsmittel des BMI für die Einrichtung und den Betrieb der Professur für Kriminalprävention und Risikomanagement an der Universität Tübingen und die Mittel für das NZK sind aus Gründen der Übersichtlichkeit folgender gesonderter Tabelle zu entnehmen:

Förderbudget Professur Kriminalprävention und NZK 2021

Budgetplanung 2021		**Ausgaben 2021** (gerundet)	
BMI-Zuwendung Universität Tübingen	200.000 EUR	Mittelverbrauch Universität Tübingen	200.000 EUR
BMI-Zuwendung für NZK	400.000 EUR	Mittelverbrauch NZK	400.000 EUR

6.4 Jahresabschluss

Jahresabschluss von Solidaris erstellt

Die Solidaris Revisions-GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft hat am 31. März 2021 den Jahresabschluss der Stiftung zum 31. Dezember 2020 auf der Grundlage der dort geführten Bücher unter Beachtung von Gesetz, des IDW-Standards S 7 und der Satzung erstellt. Der Jahresabschluss der Stiftung zum 31. Dezember 2021 befand sich zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieses Berichtes bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch in Erstellung.

7. Nachruf Prof. Dr. Helmut Fünfsinn

Mit großer Bestürzung hat die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention im Februar 2022 vom Tod von Prof. Dr. Helmut Fünfsinn erfahren.

Helmut Fünfsinn war dem DFK seit langer Zeit sehr eng verbunden, in den Jahren 2006 und 2007 zunächst als Mitglied des Vorstandes und nach einer Strukturreform der Stiftungsgremien seit 2008 als dessen Beisitzer. Auch den Deutschen Präventionstag hat Helmut Fünfsinn mit außerordentlicher Kompetenz, Engagement und Nachhaltigkeit begleitet. Vor allem aber war Helmut Fünfsinn ein steter Ratgeber, der wie kaum ein anderer für das Präventionsparadigma eintrat und Prävention als Haltung lebte. Sein außerordentlich kluges, kompetentes, besonnenes, kompromissorientiertes, humorvolles und stets zugewandtes Wesen und Wirken prägten ihn. „Ein Leben für die Prävention", so titelte die Frankfurter Rundschau in ihrem am 7. Februar 2022 erschienenen Nachruf über den langjährigen Leiter der Strafrechtsabteilung des hessischen Justizministeriums, Vorsitzenden des Kuratoriums der Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe, hessischen Generalstaatsanwalt, Vorsitzenden des hessischen Landespräventionsrates und zuletzt hessischen Opferschutzbeauftragten völlig zu recht. Am Sonntag, dem 6. Februar 2022, ist Helmut Fünfsinn im Alter von 67 Jahren gestorben. Das DFK hat mit ihm nicht nur einen der bedeutendsten Mitstreiter, sondern auch einen Freund verloren.

Foto: Hessisches Ministerium der Justiz

Anhang I:

Mitglieder des Kuratoriums am 31. Dezember 2021

Institution	Name
Adolf Würth GmbH & Co. KG	Prof. Dr. Ulrich Roth
ARD	Barbara Massing
Bankhaus Sal. Oppenheim	Uwe Gerstenberg
BHE Bundesverband Sicherheitstechnik e. V.	Dr. Urban Brauer
Bosch Sicherheitssysteme GmbH	Christoph Hampe
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege	Katrin Gerdsmeier
Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK)	Sebastian Fiedler
Bundesdruckerei GmbH	Ulrich Hamann
Bundesrepublik Deutschland	*bis 8. Dezember 2021* Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Christine Lambrecht *ab 8. Dezember 2021* Bundesminister der Justiz Dr. Marco Buschmann (Präsident) *bis 8. Dezember 2021* Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer *ab 8. Dezember 2021* Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser *bis 8. Dezember 2021* Bundesministerin für Bildung und Forschung Anja Karliczek *ab 8. Dezember 2021* Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger *bis 8. Dezember 2021* Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn *ab 8. Dezember 2021* Bundesminister für Gesundheit Prof. Dr. Karl Lauterbach

Institution	Name
Bundesrepublik Deutschland	*bis 20. Mai 2021* Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Franziska Giffey *20. Mai 2021 bis 8. Dezember 2021* Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Christine Lambrecht *ab 8. Dezember 2021* Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Anne Spiegel
Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)	Kerstin Petretto
Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger e.V. (BDZV)	Dietmar Wolff
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	Dr. Stephan Keller
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Städte- und Gemeindebund	Uwe Lübking
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Landkreistag	Jörg Freese
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Städtetag	Dr. Uda Bastians
Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) Wirtschafts- und Arbeitgeberverband e. V.	Gregor Lehnert
Christ Juweliere und Uhrmacher seit 1863 GmbH	André Müller
consulting plus Holding GmbH	Stefan Bisanz
Deutsche Bahn AG	Bernd Koch (Vizepräsident)
Deutsche Telekom AG	Axel Petri
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)	Oliver Malchow
Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Prof. Dr. Stephan Wernicke
Deutscher Mieterbund e. V.	Dr. Franz-Georg Rips
Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)	Christina Gassner
Deutscher Richterbund e.V. (DRB)	Barbara Stockinger Joachim Lüblinghoff
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV)	Prof. Dr. Olaf Langner
Freie Hansestadt Bremen	Senator für Inneres und Sport Ulrich Mäurer
Freie und Hansestadt Hamburg	Senator für Inneres und Sport Andy Grote

Institution	Name
Freistaat Bayern	Staatsminister des Innern Joachim Herrmann
Freistaat Sachsen	Staatsminister des Innern Prof. Dr. Roland Wöller
Freistaat Thüringen	Minister für Inneres und Kommunales Georg Maier
Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV)	Alexander Küsel
Gewerkschaft der Polizei (GdP)	Jeldrik Grups
Giesecke & Devrient GmbH	Fabian Bahr
Handelsverband Deutschland (HDE) Der Einzelhandel	Stefan Genth
Klüh Security GmbH	Jürgen Hahn
Kommissariat der Deutschen Bischöfe	Prälat Dr. Karl Jüsten
KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Alexander Geschonneck
Land Baden-Württemberg	Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl
Land Berlin	*bis 21. Dezember 2021* Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Andreas Geisel *ab 21. Dezember 2021* Senatorin für Inneres, Digitalisierung und Sport Iris Spranger
Land Brandenburg	Minister des Innern und für Kommunales Michael Stübgen
Land Hessen	Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann
Land Mecklenburg-Vorpommern	*bis 14. November 2021* Minister für Inneres und Europa Torsten Renz *ab 14. November 2021* Minister für Inneres, Bau und Digitalisierung Christian Pegel
Land Niedersachsen	Justizministerin Barbara Havliza (Vizepräsidentin)
Land Nordrhein-Westfalen	Minister des Innern Herbert Reul

Institution	Name
Land Rheinland-Pfalz	Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur Roger Lewentz
Land Sachsen-Anhalt	*bis 16. September 2021* Minister für Inneres und Sport Michael Richter *ab 16. September 2021* Ministerin für Inneres und Sport Dr. Tamara Zieschang
Land Schleswig-Holstein	Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung Dr. Sabine Sütterlin-Waack
L-1 Identity Solutions AG	Dr. Martin Werner
Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland	Johanna du Maire
Saarland	Minister für Inneres, Bauen und Sport Klaus Bouillon
SECURITAS Deutschland Holding GmbH & Co. KG	Manfred Buhl
Siemens AG	Alexander Yeomans
VISA Europe Services Inc.	Maike Hornung
Weißer Ring e. V.	Jörg Ziercke
Zentralrat der Juden in Deutschland	Dr. Josef Schuster
Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH)	Peter Dreißig
Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie e. V. (ZVEI)	Peter Krapp

Anhang II:

Mitglieder des Vorstandes am 31. Dezember 2021

Name	Institution
Professor Gerd Neubeck (Vorsitz)	Deutsche Bahn AG
Stefan Daniel (Geschäftsführung)	Bundesministerium der Justiz
Norbert Seitz	Bundesministerium des Innern und für Heimat

Beisitzer des Vorstandes am 31. Dezember 2021

Name	Institution
Prof. Dr. Helmut Fünfsinn (†)	Ehem. Beauftragter der Hessischen Landesregierung für Opfer von schweren Gewalttaten und Terroranschlägen
Uwe Gerstenberg	consulting plus Holding GmbH
Norbert Küster	BHE Bundesverband Sicherheitstechnik e. V.
Prof. h.c. Erich Marks	Deutscher Präventionstag gGmbH

Team der Geschäftsstelle am 31. Dezember 2021

Name	Institution	Telefon/Durchwahl
		0228 - 99681
Stefan Daniel	Bundesministerium der Justiz	- 13725
Wolfgang Kahl	Bundeskriminalamt	- 13190
Marcus Kober	Wissenschaftlicher Mitarbeiter	- 13343
Matthias Kornmann	Bundeskriminalamt	- 13206
Christine Liermann	Bundesministerium der Justiz	- 13384
Sabrina Mohr	Bundeskriminalamt	- 13197
Gerald Muß	Ministerium des Innern Nordrhein-Westfalen	- 13323
Elke Rink	Bundesministerium des Innern und für Heimat	- 13275
Renate Schwarz-Saage	Bundeskriminalamt	- 13717
Frederik Tetzlaff	Wissenschaftlicher Mitarbeiter	- 13234

HERAUSGEBER

STIFTUNG DEUTSCHES FORUM FÜR KRIMINALPRÄVENTION

C/O BUNDESMINISTERIUM DES INNERN UND FÜR HEIMAT
GRAURHEINDORFER STRASSE 198
D-53117 BONN
TEL.: 02 28/99 68 11 32 75

E-MAIL: DFK@BMI.BUND.DE
INTERNET: WWW.KRIMINALPRAEVENTION.DE

klimaneutral gedruckt
www.klima-druck.de
ID-Nr. 22118486
bvdm.

FSC
www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C051149